

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verbandsstelle: Charlottenburg 1, Brahestr. 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 37

Berlin, den 14. September 1929

4. Jahrgang

Das Ergebnis der Haager Konferenz.

Von Fritz Kaphtali.

Nach langwierigen Verhandlungen, die sich in hohem Maße um Dinge drehen, die unter den Gläubigerländern Deutschlands strittig waren, hat die Haager Konferenz schließlich doch zu dem erwarteten Ergebnis geführt. Der Young-Plan wird zur Grundlage der deutschen Reparationsleistungen der Zukunft gemacht werden, und das besetzte Gebiet wird zwischen September 1929 und Juni 1930 endgültig von der fremden Besatzung befreit.

In dieser Räumung der besetzten Gebiete, die vier bis fünf Jahre vor dem im Versailler Vertrag festgelegten Endtermin liegt, kommt das politische Ergebnis der Politik der Erfüllung und Verständigung, wie sie gegen mancherlei Widerstände von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften dauernd unterstützt worden ist, sichtbar zum Ausdruck. Mit dem Abzug der militärischen Besatzung fallen die zahlreichen Reibungen fort, die unvermeidlich zwischen fremdem Militär und heimischer Bevölkerung entstehen mußten, und die das Streben nach Völkerverständigung, in besonderen das Streben nach enger deutsch-französischer Zusammenarbeit auch auf wirtschaftlichem Gebiet, erschweren mußten. Abgesehen von dieser politischen Bedeutung hat die frühere Räumung der besetzten Gebiete natürlich auch ihr wirtschaftliches Gewicht für diese Bezirke Deutschlands. Gewiß mögen einige kleine Erwerbszweige auch einen gewissen Vorteil aus der Anwesenheit der Besatzungstruppen gezogen haben, aber im wesentlichen hat diese Besatzung sich doch wirtschaftlich hemmend auf die von ihr betroffenen Gebiete ausgewirkt. Sie hat vor allen Dingen durch den erheblichen Umfang der Beschlagnahme von Wohnräumen die Wohnungsnot verschärft, sie hat aber auch, was besonders durch eine Schädigung des Fremdenverkehrs zum Ausdruck kam, in mancher Beziehung die enge Verbindung zwischen Bezirken des besetzten Gebietes und dem übrigen Deutschland beeinträchtigt. Man darf hoffen, daß nach Befestigung dieses Besatzungsdruckes sich auch die wirtschaftliche Lage in den befreiten Gebieten etwas erleichtern wird, und es kann nicht gleichgültig sein, ob diese Erleichterung vier bis fünf Jahre früher eintritt, als es ohne Erfolg der Haager Verhandlungen praktisch der Fall gewesen wäre.

Was der Young-Plan an Entlastung und Abänderung gegenüber dem bisher in Kraft befindlichen Dawes-Plan bedeutet, ist an dieser Stelle ausführlich dargelegt worden. Es gilt heute nur kurz zu betrachten, welche Veränderungen am Young-Plan durch die Haager Verhandlungen vorgenommen worden, und inwieweit dabei Opfer von deutscher Seite gebracht worden sind. Die Änderungen, denen die deutsche Regierung im Haag zugestimmt hat und derenwegen die Deutschen noch um einen Grad lauter über eine angebliche Preisgabe deutscher Interessen schreien, als sie es ohnehin taten, sind außerordentlich geringfügig. Es handelt sich im wesentlichen um vier Punkte:

Der Young-Plan hatte vorgesehen, daß die Zahlungen, die Deutschland in den Monaten April bis August dieses Jahres noch in der vollen Höhe des Dawes-Planes geleistet hat, verwendet werden sollten für den Dienst der Dawes-Anleihe, für die Schuldzahlung der Gläubigerländer, und daß die Verwendung der überschüssenden 300 Millionen Reichsmark von den Regierungen geregelt werden sollte. Im allgemeinen hatte wohl auch der deutsche Vetter des Young-Planes diese Verwendung verstanden, daß die Gläubigerländer untereinander die Verteilung dieser Summe regeln würden. Aber die an den Pariser Verhandlungen beteiligten deutschen Sachverständigen haben gesagt, daß nach ihrer Auffassung diese unbestimmte Formel über die Regelung gerade gewählt wurde, um eine Beteiligung Deutschlands selbst an der Verteilung dieser Zahlungen zu ermöglichen. Wenn das beabsichtigt war, ist es jedenfalls wenig klar zum Ausdruck gebracht worden im Young-Plan, und man muß schon sagen, daß, wenn nun auf Grund der Haager Verhandlungen Deutschland von diesen 300 Millionen nichts erhält, das keinesfalls als eine zuzählige Verluste gegenüber dem Young-Plan zu betrachten ist, sondern höchstens als der Verlust einer Chance, an die einige beteiligte Sachverständige glaubten.

Im Young-Plan war weiter ausdrücklich festgelegt, daß die Regelung der Besatzungskosten für die Zeit nach dem 1. September besonderer Vereinbarung vorbehalten bleiben sollte. Es heißt, daß man dabei daran dachte, die oben erwähnten 300 Millionen Reichsmark aus den Zahlungen der letzten fünf Monate mit heranzuziehen. Das stand aber im Young-Plan nicht drin. Man ist im Haag vereinbart worden, daß Deutschland noch einen letzten einmaligen Betrag von 30 Millionen Reichsmark zur Finanzierung der Besatzungskosten beitragen soll, daß Deutschland auf die Erstattung von Besatzungsschäden verzichtet, während auf der anderen Seite die Besatzungskosten auf die Vorläufe verzichtet, die sie für zurückliegende Besatzungskosten gemacht haben. Man hat berechnet, daß diese gegenseitige Aufgabe von Forderungen für Deutschland ein Opfer von 10-20 Millionen Reichsmark darstellen soll. Vielleicht kann man sagen, daß die Regelung dieser Fragen der Besatzungskosten nicht so entgegenkommend ausgefallen ist, wie wir gehofft haben, aber zu sagen, daß sie eine wesentliche Abweichung vom Young-Plan darstellt, wäre unberechtigt.

An bezug auf die Regelung der Sachlieferungen sind zwei Änderungen zu unterscheiden. Die eine liegt ausgesprochen im deutschen Interesse. Es wird nämlich im Gegensatz zu der im Young-Plan vorgenommenen Regelung daran festgehalten, daß die Wiederausfuhr von deutschen Sachlieferungen aus den Empfangsländern wie bisher

Der Keramische Bund bewährte sich.

Am 1. August d. J. waren drei Jahre seit der Gründung des Keramischen Bundes vergangen. Die Verbände der Glasarbeiter und der Porzellanarbeiter gaben zu diesem Termin ihre Selbständigkeit auf und durch Hinzutritt der grobkeramischen Gruppen des Fabrikarbeiterverbandes trat der Bund ins Leben. Keine neue Organisation innerhalb der deutschen Gewerkschaften wurde damit geschaffen, denn der Bund ist nur eine Abteilung des Fabrikarbeiterverbandes, aber eine neue Organisationsform, völlig neu für das gesamte deutsche Gewerkschaftsleben, war in Erscheinung getreten.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Gründung des Keramischen Bundes innerhalb der deutschen Gewerkschaften mit größtem Interesse verfolgt wurde. Eine Reihe von Stimmen wurde laut, die diese Gründung als ein verfehltes Experiment bezeichneten und die eine solche Bundesorganisation innerhalb einer Gewerkschaft für untraubar hielten. Die vergangenen drei Jahre haben bewiesen, daß dieser Pessimismus unberechtigt war. Im Gegenteil. Heute kann gesagt werden, daß die Schaffung des Bundes für alle Beteiligten ein Gewinn ist. Es ist sehr zweifelhaft, ob eine Verschmelzung in anderer Weise einen in reichhaltigeren Zustand, wie wir ihn hatten, hätte hervorbringen können. Es darf nicht vergessen werden, daß es sich bei den Verbänden der Glasarbeiter und Porzellan- und Grobkeramikerorganisationen handelte, die beide eine lange und auf enge Berufsangehörigkeit aufgebauete Tradition hatten. Die Geschichte der beiden Verbände ist ehrenvoll und es ist ganz natürlich, daß die Facharbeiter der beiden Organisationen auf die Entwicklung ihrer Organisation stolz und nur schwer zu bewegen waren, die Selbständigkeit aufzugeben. Vor allem waren starke Bedenken, ob die Facharbeiterinteressen innerhalb einer Organisation, die in der Hauptsache aus Angehörten und Angehörten bestand, so gewahrt werden würden, wie es in den alten Fachorganisationen der Fall war.

Dabei wurde gewiß nicht verkannt, daß der Fabrikarbeiterverband während der Zeit seines Bestehens außerordentlich wertvolle Arbeit geleistet hat, und daß diese Arbeit auf einem Gebiet geleistet wurde, das viel schwerer zu bearbeiten war, als solche Gebiete, die von Facharbeiterorganisationen als Organisationsgrundlage dienen. Organisationen von gleicher Bedeutung nahmen die Verhandlungen auf, die zu einem der bedeutendsten Zusammenschlüsse in der deutschen Gewerkschaftsbewegung führten.

Die Verhandlungen selbst waren nicht leicht und oftmals kam es zu erregten Ausbrüchen. Während auf der einen Seite die Vertreter der alten Verbände möglichst weitgehende Rechte im neuen Verbande für sich verlangten, mußten die Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes darauf achten, daß die Einheitlichkeit und Geschlossenheit ihrer Organisation gewahrt blieb.

Alle Verhandlungsteilnehmer kamen in die Sitzung hinein mit dem festen Bestreben, die Sache zu fördern, und trotzdem oder vielleicht gerade weil es sich um verhandlungsgewohnte und verantwortungsbewusste Männer handelte, schien es manchmal, als ob die Gegensätze in der Auseinandersetzung über den richtigen Weg zur Verschmelzung unüberbrückbar wären. Aber was bei den Verhandlungen im Kreise der Beteiligten nicht erreicht werden konnte, das wurde erreicht durch die Mitarbeit des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Allen den Kollegen Leipter wollen wir an dieser Stelle unseren Dank für ihre Hilfe nochmals zum Ausdruck bringen.

Es wäre natürlich zwecklos, — heute noch einmal alle die widerstrebbenden Ansichten aufzuzählen. Es genügt, wenn wir sagen: Das Werk gelang! Das es gelang, zeugt eben von dem guten Willen und der festen Absicht der verhandelnden Personen, den Gedanken des festeren Zusammenschlusses innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung in die Tat umzusetzen.

verbieten bleiben soll. Der Wert der Sachlieferungen für Deutschland besteht darin, daß sie eine Art geschützten Exports nach den Empfangsländern darstellen, und dieser Vorzug hätte sehr geschädigt werden können, wenn die Empfangsländer durch Wiederausfuhr dieser Waren etwa an anderen ausländischen Märkten mit deutschen Waren hätten konkurrieren können. Die Abänderung, die hier also auf das Verlangen von England, das natürlich in seinem Interesse gehandelt hat, vorgenommen wurde, deckt sich mit dem deutschen Interesse. Wenn durch eine feste Regelung der englischen Kohlenlieferungen an Italien eine Verringerung der deutschen Kohlenlieferungen stattgefunden hat, die zwar nicht in der Gesamtmenge, aber doch in den ersten Jahren eine Verminderung des deutschen Reparationskohlenablaufes nach Italien bedeutet, so kann das ein gewisser Nachteil für den Beschäftigungsgrad des Kohlenbergbaues sein; insgesamt aber werden diese Minderlieferungen an Italien durch Mehrabnahmen von Frankreich ausgeglichen werden, wobei allerdings diese Mehrabnahmen auch in anderen Gütern als in Kohle bestehen können.

Endlich ist als die am heftigsten umstrittene Abänderung, die vorgenommen wurde, die Erhöhung des Anteils der deutschen Reparationszahlungen, der von allen Moratoriums- oder Revisionsbestimmungen des Young-Planes ausgenommen ist, von 660 Millionen Reichsmark auf 700 Millionen Reichsmark für die Dauer der ersten 20 Jahre des Young-Planes zu nennen. Man hat gerade aus der Frage der Veränderung dieser Grenzziehung zwischen ungeklärten und moratoriumsgeschützten Teilen der Reparationslasten in der Diskussion vielfach eine heikumstrittene Frage gemacht. In Wirklichkeit dürfte diese Veränderung der Grenzziehung um 40 Millionen ganz belanglos sein. Denn die Möglichkeit Deutschlands, Zahlungen zu transferieren, wird, auch wenn sie die Höhe der Gesamtleistungen nach dem Young-Plan nicht erreichen sollten, nach menschlichem Ermessen immer über der Höhe von 700 Millionen Reichsmark liegen, und sollte innerhalb der nächsten

Gewiß sind drei Jahre keine lange Zeit im Leben der Gewerkschaften, und wenn wir trotzdem nach so kurzer Zeit so frei und froh sagen können, daß das Werk gelungen ist, dann können alle Beteiligten auf ihre Arbeit stolz sein. Aber auch die Mitglieder der beteiligten Organisationen können stolz sein. Selten wohl sind Zusammenschlüsse von Verbänden so reibungsarm und ohne jeglichen Mitgliederverlust zustande gekommen, als bei der Gründung des Keramischen Bundes. Heute nach drei Jahren wissen wir, daß die Zweifler unrecht hatten, die da glaubten, daß der Bund sich als ein Fremdkörper in der Mutterorganisation einmischen und die Geschlossenheit des Fabrikarbeiterverbandes stören könnte. Keramischer Bund und Fabrikarbeiterverband sind eins, untrennbar für die Zukunft verbunden und alle Mitglieder, alle Funktionäre im Verband und im Bund sind sich darüber einig, daß die Stärkung des Bundes die Stärkung des Verbandes und umgekehrt die Stärkung des Verbandes auch die Stärkung des Bundes bedeutet.

In den vergangenen Jahren sind bedeutende Erfolge auf gewerkschaftlichem Gebiet zu verzeichnen gewesen. Die Branche Porzellan hatte im Jahre 1927 einen großen Kampf zu bestehen. Rund 4000 Kollegen und Kolleginnen befanden sich in Streik oder Aussperrung. Der Kampf konnte zugunsten der Porzellaner beendet werden. Die Glasarbeiter konnten mehrere Reichstagsanträge schaffen, und die Kollegen der Grobkeramik hatten gleichfalls beachtenswerte Erfolge auf tariflichem Gebiet. Wir sehen dabei ganz ab von der Aufzählung auf verlorener Lohnbewegungen. Starker Mitgliederzuwachs im Bund zeugt von dem Vertrauen der Arbeiterschaft zum Bund und damit zum Fabrikarbeiterverband. Alles in allem genommen, ein glücklicher Anfang im Leben des Bundes.

Damit ist natürlich nicht gesagt, daß der Bund seine Aufgaben nun erfüllt hätte. Trotz der gemachten Fortschritte bleibt noch ein gewaltiges Stück Arbeit übrig. Die Lebenslage der vom Bund vertretenen Arbeiterschaft verlangt dringend nach weiterer Verbesserung. Die Erfüllung dieser Notwendigkeit wird die ganze Kraft der Bundesleitung beanspruchen. Es geht um Tarifrufen, um Lohn- und Arbeitsbedingungen handelt, oder es fragen des Arbeiterschutzes zu behandeln sind, die Mitglieder können überzeugt sein, daß die Branchensekretäre im Bunde ihre ganze Kraft den gestellten Aufgaben widmen werden. Und es ist mit einer der ehrenvollsten Erscheinungen im Bunde, daß jede Branchenleitung versucht, der anderen vorauszu kommen. Weitgehendster Gedankenaustausch im Bund und mit dem Hauptvorstand sorgt dafür, daß die Erfahrungen der einen Branche der anderen nutzbar gemacht werden.

Aber der Erfolg unserer Bewegung hängt nicht allein vom Arbeitswillen und dem Arbeitseifer der Bundesangehörigen ab, hängt nicht allein ab von der Arbeit der ehrenamtlichen und besoldeten Funktionäre im Lande. Die Mitarbeit aller Kollegen und Kolleginnen gehört mit zur Erzielung von Erfolgen. Diese Mitarbeit besteht in der Gewinnung neuer Mitglieder. Noch fehlen uns viele Tausende. Je höher die Mitgliederzahl steigt, je besser wird der Bund seine Aufgaben erfüllen können. Unier aller Ehrgeiz muß sein, für und mit dem Bund zu arbeiten, damit er sich als der stärkste Stützpunkt des Fabrikarbeiterverbandes erweist. Handeln wir so, dann wird die Gesamtorganisation mit Stolz auf den Keramischen Bund sehen, die dem Keramischen Bund unterstehenden Mitglieder werden den Nutzen haben. Schon heute aber dürfen wir sagen, daß die Gründung des Bundes ein gewerkschaftlicher Erfolg war. Es war ein Experiment, aber es ist gut geglückt. Der Bund markiert, nicht getrennt von der Gesamtorganisation, sondern in enger Gemeinschaft mit dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

H. Grünzel.

20 Jahre auf Grund der im Young-Plan vorgesehenen Möglichkeiten eine Revision der Gesamtlast eintreten, so ist doch keinesfalls anzunehmen, daß diese Revision gegenüber der durchschnittlichen 2 Milliarden, die der Young-Plan festsetzt, so weit herabgehen würde, daß der Unterschied zwischen 660 und 700 Millionen als nicht revidierbare Summe praktische Bedeutung gewinnen könnte.

Wir sehen also insgesamt, daß die Veränderungen, die im Haag am Young-Plan vorgenommen worden sind, außerordentlich geringfügig sind. Daß die Belastungen des Young-Planes außerordentlich schwer sind, steht außer Zweifel, aber das Entscheidende ist, im besonderen für die deutsche Arbeiterschaft, daß er gegenüber dem bisherigen Zustand einen großen Fortschritt bedeutet. Diesen Fortschritt erblicken wir vor allen Dingen darin, daß er nach oben eine Grenze der Belastung zieht, daß deshalb die Vermutung verstärkt, die bisher immer behauptet wurde, daß die Entwicklung der deutschen Wirtschaft darzulegen, weil man fürchtete, dadurch die Belastung zu steigern. Die Gesamtsumme ist festgestellt, der Druck des Wohlstandsdruckes ist gefallen, eine Fülle von fremden Kontrollen in der deutschen Wirtschaft wird verschwinden. Diese Verhinderung auf reparationspolitischen Gebiet wird, wie wir hoffen, auch den Zuzug ausländischen Kapitals nach Deutschland, der im letzten Jahre fast aufgehört hatte, noch einmal beleben. Denn wir brauchen vorläufig diesen Zustrom noch, um der zum Teilen verurteilten deutschen Arbeitern wieder Beschäftigungsmöglichkeiten zu geben, um der Wirtschaft nach der Stagnation des letzten Jahres einen neuen Antriebs zur Höchstleistung zu gewähren.

Wenn aus allen diesen Gründen die Arbeiterschaft die Befreiung der besetzten Gebiete und die Annahme des Young-Planes als einen Erfolg vernünftiger Reparationspolitik anerkennen muß, so darf sie sich auf der anderen Seite keinen Täuschungen darüber hingeben, daß sie alle Kraft wird aufspannen müssen, um von der Entlastung, die der Young-Plan bietet, sich den Anteil zu sichern.

der ihr gebührt. Dazu werden Kämpfe zu führen sein, die sowohl auf dem Gebiete der Politik, im besonderen auf dem Gebiete der Finanzpolitik, aber auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik liegen werden, an deren Fortschreiten und Ausbau die Arbeiterschaft nicht rütteln lassen darf. Die Lastenverteilung im Innern wird aber niemals durch die Steuererlässe allein entschieden. Mehr oder minder sind Steuern der verschiedensten Formen auf die breiten Massen der Arbeiter und Angestellten abwälzbar, wenn nicht die Arbeiter gewerkschaftlich stark genug sind, um ihre Position im Lohnkampf zu sichern und zu verbessern. Es erkönen auf der Arbeitgeberseite schon heute manche Stimmen, die es so darstellen, als ob die Erfüllung der aus dem Young-Plan sich ergebenden Lasten — die um eilfliche Millionen Reichsmark jährlich niedriger sind als die bisher getragenen Lasten — nur durch einen Druck auf die Löhne getragen werden könnten. Diesen Tendenzen gilt es rechtzeitig mit aller Kraft entgegenzutreten. Wir wissen, daß Steigerung der Gesamtproduktion, Steigerung der Leistung der deutschen Wirtschaft, die Voraussetzung für die Erträglichkeit der Reparationslasten, die nun einmal die üble Folge des verlorenen Krieges sind, bilden. Diese Steigerung des wirtschaftlichen Erfolges ist aber nicht mit Lohndruck und sinkender Massenkraft im Innern zu erreichen, sondern sie muß verbunden sein mit einer Erhöhung der Massenkraft, die allein die Voraussetzung dafür bietet, daß sich die Produktion in Deutschland so rationell gestaltet, daß damit auch die Konkurrenzfähigkeit an den Auslandsmärkten wächst. Wie sehr innere Kaufkraft, hohe Löhne und überlegene Produktionsmethoden miteinander in Zusammenhang stehen, das zeigt das Beispiel derjenigen amerikanischen Industrien, die am Weltmarkt konkurrenzfähig sind, obwohl sie Löhne zahlen, die drei- bis viermal über dem deutschen Niveau liegen.

In der Außenpolitik ist ein neuer Fortschritt im Abbau der Kriegsfolgen erzielt worden, in der inneren Wirtschaft muß der Kampf um die Methoden ihres Aufstiegs und um die Verteilung der Lasten von der Arbeiterschaft mit allem Nachdruck fortgeführt werden.

Als Radfahrer auf dem Wege zur Arbeitsstätte.

Unter dieser Überschrift unterzieht Syndikus H. G. Borum in der „Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Zeitung“ Nr. 9 den § 54a der Reichs-Versicherungs-Ordnung (RVO) einer eingehenden Betrachtung und weist an verschiedenen Beispielen nach, inwieweit der Begriff „Betriebsunfall“ gemäß Gesetz und Entscheidungen des Reichs-Versicherungs-Amtes (RVA) seinen Umfang ausstreckt. Da diese Betrachtungen für die Arbeiterschaft sehr Beachtliches enthalten, lassen wir hier einen Teil der betreffenden Ausführungen folgen. Syndikus Hans G. Borum schreibt:

Vom radfahrenden Arbeiter bis zum Betriebsbeamten (gemäß der neuen Fassung der RVO vom 20. Dezember 28, siehe Reichs-Gesetzblatt I. Teil Nr. 44 Seite 405 ist an die Stelle des Wortes „Betriebsbeamte“ das Wort „Angestellte“ zu setzen. § 54a RVO.) zu rechnen sind, dürfen eine Reihe dieser Entscheidungen (Entscheidungen des RVA, § 54a), soweit sie grundsätzlicher Natur sind Interesse beanspruchen.

Der Begriff des Betriebsunfalles wird nicht ausgeschaltet, wenn der Radler einen nicht öffentlichen Weg oder statt des Radfahrens den Fahrradweg benutzt, soweit der Weg nur von der Wohnung zur Arbeitsstätte (oder umgekehrt, § 54a) führt und somit mit der Beschäftigung im Betrieb zusammenhängt, also der Weg eingeschlagen wurde, um die Arbeitsstätte oder die Wohnung zu erreichen. Regelmäßig ist aber das Ende des Weges mit dem Betreten der Räume des Betriebsinhabers oder der Wohnung des Versicherten gegeben. Der von der Arbeit zurückkehrende Arbeiter, der insolge eines Sturzes auf der engen Gastreppe mit seinem Rade stolpert und die Treppe hinabstürzt, hat rechtlich keinen Betriebsunfall erlitten. Dies aber nur dann, wenn er ein Einfamilienhaus bewohnt; dagegen ist im Mehrfamilienhaus die Treppe ein Teil des Weges, vorausgesetzt wiederum, daß der häusliche Wirkungskreis verlassen und der Weg in der Richtung auf die Arbeitsstätte angetreten ist. (Auf dem Wege von der Arbeitsstätte darf der häusliche Wirkungskreis noch nicht betreten sein. § 54a.) Man sieht also, wie kompliziert die Rechtsfragen im Versicherungsweisen sind!

Andere Entscheidungen beschäftigen sich damit, die Frage zu lösen, ob der Weg überhaupt im Zusammenhang mit dem Betriebe steht. Ein Arbeiter wohnt z. B. in einer Unterkunft auf der Arbeitsstätte und verunglückt auf einer seiner regelmäßigen Fahrten am Wochenende zur Familienwohnung. Hier liegt nach Ansicht des RVA ein Unfall aus einer privaten Veranlassung vor, dagegen liegt ein Betriebsunfall vor, wenn auf dem direkten Wege zu der entfernter liegenden Wohnung ein Radfahrer verunglückt wurde und sich dann ein Unfall ereignet (RVA 1 a 333/26), und sogar auch dann, wenn ein Arbeiter nach dem Besuch eines Vergnügens von dort mit dem Fahrrad zum Betriebe fährt und auf dem Wege verunglückt. Ob Unfälle, die sich auf einem Umwege vom eigentlichen Wege zur resp. von der Arbeitsstätte ereignen noch als Betriebsunfälle anzusehen sind, hängt davon ab, ob es sich um eine geringfügige Abänderung des Weges, vielleicht eines kleinen Umweges zwecks Einkaufs von Lebensmitteln, oder um eine wesentliche Abweichung vom eigentlichen Weg handelt. Im letzteren Falle kommt ein Betriebsunfall nicht mehr in Frage. Ein Aufenthalt von einer halben Stunde in einer Wirtschaft auf der Heimfahrt, um zwei Glas Bier zu trinken, ist jedoch gestattet, denn dem anschließenden Wege nach der Wohnung wohnt damit die Eigenschaft eines mit dem Betrieb zusammenhängenden Weges von der Arbeitsstätte nicht genommen werden (RVA 1 a 1476/27).

Weg aber dem Arbeiter, der etwa anderthalb Stunden von der Heimfahrt im Strassenverkehr verweilt, und dem dann ein Unfall passiert, denn der anschließende Heimweg ist jodann kein Weg von der Arbeitsstätte, sondern ein Weg vom Wohnort (RVA 1 a 624/27).

Sehr ganz gut und für die Arbeiterschaft beachtlich ist aber Syndikus H. G. Borum weiter folgenden Satz schreibt:

Als Abhängen an einen in Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen seitens des Radlers wird ebenfalls nicht als Betriebsunfall gewertet, falls diese Unfälle durch Unfall zur Folge hat.

Es können wir uns mit dem Inhalt dieses Satzes nicht einverstanden erklären, zumal er mit der RVO sehr stark kollidiert. Es ist doch bekannt, daß der Radler, wenn er sich an einen Straßenbahnwagen anhängt, um ihn zu benutzen, dies nicht als Betriebsunfall zu betrachten hat, sondern als einen Unfall aus einer privaten Veranlassung. Auch haben wir schon oft gesehen, daß ein Arbeiter, der mit einem Rad auf der Straße fährt, von einem Straßenbahnwagen überfahren wird, ohne daß dies als Betriebsunfall zu betrachten ist, da der Arbeiter nicht auf dem Wege von der Arbeitsstätte zum Betriebe war, sondern auf dem Wege von der Arbeitsstätte zum Wohnort.

Daß das Anhängen an ein in Fahrt befindliches Verkehrs- mittel verboten ist, dürfte jedem Radfahrer bekannt sein, zumal das Verbot in der RVO ausdrücklich erwähnt ist. Auch haben wir schon oft gesehen, daß ein Arbeiter, der mit einem Rad auf der Straße fährt, von einem Straßenbahnwagen überfahren wird, ohne daß dies als Betriebsunfall zu betrachten ist, da der Arbeiter nicht auf dem Wege von der Arbeitsstätte zum Betriebe war, sondern auf dem Wege von der Arbeitsstätte zum Wohnort.

Noch immer Kampf um die Arbeitslosenversicherung.

Der Kampf um die Arbeitslosenversicherung kommt nun in das Stadium der innerpolitischen Entscheidungen. Die Regierung hielt in dieser Sache bereits Besprechungen mit den Parteiführern ab. Soviel gegenwärtig zu erkennen ist, besteht die Deutsche Volkspartei noch auf ihren Abbauplänen, die im Reichstag keine Mehrheit finden würden, weil Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und Zentrum gegen sie stehen. Weiter ist im Augenblick die Sache nicht gediehen.

Die Auseinandersetzungen über das Problem gehen mit gleicher Schärfe weiter. Erfreulicherweise beteiligte sich daran auch ein Teil unserer Zieglerkollegenschaft. Das war gut so. Denn was sich in der Behandlung dieses großen Problems ein erheblicher Teil der bürgerlichen Presse besonders gegen unsere Zieglerkollegenschaft und damit gegen ihre Familien geleistet hatte, war ein Schandstück an Verleumdung und Gehässigkeit. Die Zieglerkollegenschaft und ihre Familien haben damit deutlich, auf welche Seite sich die sogenannte neutrale Presse stellte. Hoffentlich raffen sich die Arbeiterleiter der gegen die Arbeitslosenunterstützung schreibenden Zeitungen endlich auf und nehmen kein Abonnement mehr. Zeitungen, die willige, arbeitssame, ehrliche Arbeiter beschimpfen und die Arbeitslosenunterstützung bekämpfen, gehören nicht in einen Arbeiterhaushalt. Das gilt für unsere Zieglerkollegen wie auch für alle anderen Arbeiter und Arbeiterinnen. Bei der Arbeitslosenunterstützung „reform“ geht es um ein großes, soziales Problem, dessen Durchführung den Arbeitenden genügend Schutz in unverschuldeten Notzeiten bieten muß; da darf kein Arbeiter und keine Arbeiterin gleichgültig und untätig daneben stehen oder gar im Unternehmerräger, Helfersdienle und Verräter an seiner eigenen Sache begehren. Das wäre verkehrt, deshalb müssen auch die bürgerlichen Zeitungen, die dagegen schreiben, geächtet werden. Das bedingt schon der Anstand.

Was inzwischen in der Frage der Arbeitslosenversicherung alles unternommen wurde, muß der Vollständigkeit halber noch registriert werden. Der Sachverständigenausschuß, den die Reichsregierung Anfang Juli im Einberufen mit allen beteiligten Kreisen einberufen hatte, legte nach dreiwöchentlicher Arbeit ein Mehrheitsgutachten vor. Um Vorschläge zur Abstellung der allgemein gerügten Mißbräuche und für einen dauernden Ausgleich zwischen den Einnahmen und den Ausgaben der Arbeitslosenversicherung machen zu können, mußte sich der Ausschuß zunächst darüber klar werden, wie groß voraussichtlich die Zahl der Arbeitslosen sein wird, die durchschnittlich in den kommenden Jahren die Versicherung in Anspruch nehmen werden. Von der sehr pessimistischen Annahme ausgehend, daß die durchschnittliche Arbeitslosigkeit der nächsten Jahre nicht unter 1,1 Millionen sinken werde, schätzte der Ausschuß den hierzu erforderlichen Kostenaufwand auf rund 120 Mill. RM im Jahr, von denen nach Abzug der bisher geltenden Beiträge eine Summe von rund 280 Mill. RM ungedeckt bleibt. Dieser Fehlbetrag kann grundsätzlich auf drei Wegen gedeckt werden: 1. durch Erhöhung der Beiträge, 2. durch Verminderung der Leistungen, 3. durch organisatorische Maßnahmen gegen Mißbrauch und Verwaltungsmängel. Das Gutachten beschränkt sich im wesentlichen auf die beiden ersten Wege. Zu gleichen Teilen, d. h. zu je rund 45 Proz., legt es den Fehlbetrag auf Beitragsserhöhung und Leistungsverminderung, vor allem gegenüber den Saisonarbeitern, um. Die restlichen 10 Proz. sollen durch Kürzung der Ueberweisungen an die Krankenversicherung ohne Minderung ihrer Leistungen eingebracht werden. Dem Gutachten folgte in der dritten Augustwoche der Regierungsentwurf, der wohl in der Schöpfung der Arbeitslosenmaßnahme auf der Grundlage des Sachverständigenvorschlags aufbaut, aber in den Deckungsmaßnahmen eine wesentlich sozialere Haltung einnimmt. Er greift den Gedanken einer Beitragsserhöhung um 4 Proz. auf — der Reichsarbeitsminister Wißell hatte eine Erhöhung um 4 Proz. vorgeschlagen — kürzt auch die Ueberweisungen an die Krankenversicherung, beschränkt aber die sachliche Neuregelung auf: 1. die Verlängerung der Wartezeit für alleinstehende Unterhaltungsempfänger auf zwei Wochen; 2. die Anrechnung von Wartezeit, Muegeld und Sozialrenten, 3. eine teilweise Uzunahmebehandlung der Saisonarbeiter, die aber den untragbaren Vorschlag der Sachverständigen auf Verlängerung der Wartezeit für die Vollunterstützung erfreulicherweise vermeidet. Die gleichzeitig vorgesehene Aufhebung der Sonderfürsorge für Saisonarbeiter, die mit einer Prüfung der Bedürftigkeit verbunden war, sowie die geplante Erhöhung der Mindestunterstützungssätze stellen einen gewissen Ausgleich dar für die erhebliche Belastung, die die Reform den arbeitenden Massen aufbürden wird. Zurzeit wird im Sozialpolitischen Ausschuss um die Reform der Arbeitslosenversicherung gefämpft. Die Arbeitgeberseite und die sie im Parlament vertretenen Parteien halten zunächst an ihrem starren Protest gegen die Beitragsserhöhung fest, was um so weniger berechtigt ist, als die Regelung vorläufig nur bis zum 31. März 1931 mit eventueller Verlängerung um ein Jahr abgegrenzt ist. Diese Kreise wollen die Unterstüzungen derart abbauen, daß nur der bei vollen Sätze erhält, der 22 Wochen in Beschäftigung stand. Für Saisonarbeiter wollen sie eine Wartezeit von vier Wochen einführen. Sie wenden sich ferner dagegen, daß die Deckungsvorschläge der Regierung nur rund fünf Sechstel der zu erwartenden Kosten erbringen

sollen. Wenn auch die Regierung formell dem Parlament überlassen hat, den Weg zur Finanzierung des zeitlichen Sechstels selbst zu finden, so wird sie wohl damit rechnen dürfen, daß die Nationalisierung des Apparates der Arbeitslosenversicherung durch Ausgabenminderung den größeren Teil dieses Fehlbetrages einparen wird. Im übrigen sind alle diese Sorgen überflüssig, wenn man nur annimmt, daß die durchschnittliche Arbeitslosigkeit nicht über eine Million hinausgehen wird; eine nach Erlebigung des Young-Planes und mit Hinblick auf die verminderte Anzahl der Arbeitsuchenden in den nächsten Jahren durchaus berechtigte Annahme.

Zu den Verhandlungen im Sozialpolitischen Ausschuss in der Woche zum 7. September, hatten sich die bürgerlichen Parteien in ihren Anträgen folgende Ziele aufgestellt: Die Demokraten suchen große Ersparnisse durch Verlängerung der Unwirtschaft bei erstmaliger Inanspruchnahme der Arbeitslosenunterstützung und durch eine sozial unerträgliche Verlängerung der Wartezeit für die Saisonarbeiter zu erreichen. Das Zentrum will Saisonarbeiter zusammen mit den übrigen Versicherten in den Unterstüzungsbeiträgen füragen, soweit die Arbeitslosen weniger als 52 Wochen in Beschäftigung gestanden haben.

Das Zentrum hat seinen Antrag wiederholt geändert, es blieb jedoch im Prinzip die Härte, daß der häufige Arbeitslose nur noch unter einer seinen Beiträgen entsprechenden Lohnklasse unterstüz wird. Deutsche Volkspartei und Deutschnationale sind mit der Wirtschaftspartei in einen Wettbewerb eingetreten, um die Senkung der Regelsätze bei kurzfristiger Beschäftigung durchzuführen, so brutal, daß ein großer Kreis von Arbeitslosen künftig zwar die Beiträge nach dem Arbeitsentgelt entrichten dürfte, in dem Unterstüzungsbeitrag jedoch auf eine Armenfürsorge herabgedrückt werden würde.

In welcher starkem Maße der Abbau Ziel der ganzen Aktion und wie wenig die Sanierung der Versicherung Zweck sein soll, zeigt sich, indem beide Parteien nun für ihre eigenen radikalen Abbaupläne stimmen und nicht einmal geneigt waren, etwa für den gemäßigteren Zentrumsantrag zu stimmen. Sie verzichteten lieber auf eine Mehrheitsbildung, ehe sie auch nur einen Punkt ihres Gesamtabbauprogramms aufzugeben bereit waren.

Das Zentrum wird anerkennen müssen, daß sein in gewissen Grenzen gehaltener Antrag auf Unterstüzungs Kürzung von den Rechtsparteien als Ausgangspunkt zur völligen Ausschaltung der Arbeitslosenversicherung mißbraucht werden soll.

Wenn unter diesen Umständen Beschlüsse nicht zustandekommen sind, so hat die Sozialdemokratie in erster Lesung das Verdienst erfolgreicher Abwehr.

Das sachliche Resultat erster Lesung ist, daß die Verlängerung der Wartezeit und die allgemeine Kürzung der Unterstüzungen geschehen sind. Die Vorlage ist damit aber keineswegs ein Torso; denn nach den unwiderlegbaren Berechnungen der Sozialdemokratie lassen die übrigen vorliegenden Beschlüsse des Ausschusses eine Balancierung der Versicherung zu, wenn der Beitrag um 4 Proz. erhöht wird. Die Abbaupläne sind nicht nur sozialpolitisch unertragbar, sondern sie sind auch finanziell überflüssig.

Das Kabinett und diejenigen Rechtsparteien, die ehrlich eine Sanierung, aber nicht die Verschlagung der Versicherung wollen, werden sich also für die zweite Lesung einer Nachprüfung der von der Sozialdemokratie gegebenen Berechnungsgrundlagen nicht entziehen können. Die Sozialdemokratie hat gezeigt, daß sie sich durch eintretende politische Schwierigkeiten nicht dazu bewegen läßt, den vom Parteitag von der Reichstagsfraktion und den freien Gewerkschaften gezogenen Rahmen einer sozialpolitisch tragbaren Reform der Arbeitslosenversicherung zu überschreiten.

Der Bundesausschuß des ADGB hat in einer scharfen Entschlieung gegen die Einseitigkeiten des Sachverständigenausschusses zur Arbeitslosenversicherung mit großem Nachdruck die Arbeitszeitfrage in den Vordergrund gerückt. Das war notwendig, denn die Arbeitszeitfrage hängt mit dem Arbeitslosenproblem zusammen.

Bei der allgemeinen Behandlung der Arbeitslosenversicherung, der ja in vielen Gesprächen Beachtung geschenkt wird, ist immer wieder zu beobachten, daß sehr viele Arbeitende (Angehörige, Beamte, Gemeinbedienstete) nicht mit den Arbeitern eine notwendige und gerechte Sache vertreten, sondern auf die Arbeitslosenunterstützung schimpfen. Diese Kreise vertreten noch den Spießbürgerstandpunkt, daß die, die arbeiten wollen, auch Arbeit finden. Sie haben noch nicht begriffen, daß dies in Deutschland nicht mehr möglich ist, weil die Arbeitsstellen infolge Rationalisierung nicht mehr da sind. Das ist eine Tragik in Deutschland. Die Unvernunft feiert vor allem in diesem Punkt ihre höchsten Triumphe. Dabei geht dem deutschen Volk und der deutschen Wirtschaft höchster Wert, die Arbeitskraft einer Million Menschen, jedes Jahr verloren.

Wir wollen hoffen, daß die Stärke der Sozialdemokratischen Partei bei der politischen Entscheidung ausreicht, das Arbeitslosenversicherungsproblem im Sinne der gewerkschaftlichen Forderungen zu lösen.

Rudem bejaht der Abjag 2 des § 544 der RVO: „Verbotswidriges Handeln schließt die Annahme eines Betriebsunfalles nicht aus.“

Abgesehen davon, daß die Gründe zum verbotswidrigen Handeln des Radfahrers verschiedener Art sein können (Müdigkeit, Schnelleres von der Stelle kommen usw.), hat die Gefährdung zur Betragung und Verfolgung des verbotswidrigen Handelns andere Geisze und andere Instanzen als die RVO. und das RVA geschaffen.

Nur dann, wenn der Verletzte den Unfall vorsätzlich herbeigeführt hat, oder hängt sich mit der Absicht, dem Benutzung des Willens, einen Unfall herbeizuführen an ein fahrbares Verkehrsmittel, hat weder er, noch einer seiner Angehörigen ein Recht auf Unfallentschädigung oder Unterstüzung (s. § 544 RVO).

Josef Schopp-Leipzig.

Leipziger Messeamtbericht.

Das Leipziger Messeamt gibt folgende vorläufig abschließende Ueberstüz über den Verlauf der Leipziger Herbstmesse aus. Demnach hat die Leipziger Herbstmesse 1929 an Umfang und Beteiligung der vor-herigen Herbstmesse entsprochen. Man rechnet insgesamt mit 100 000 geschäftlichen Besuchern, davon sind etwa 12 bis 15 % aus dem Ausland gekommen, die sich auf die einzelnen Länder ungefähr wie im Vorjahre verteilen. Größer geworden ist der Besuch aus England, Holland, aus der Schweiz, aus Belgien, Schweden und Dänemark. Auch die Nachfolgepaaten und die Handelsstaaten waren gut vertreten. Von Uebersee sind besonders Nord- und Südamerika, Indien und Ostasien zu nennen. Die brasilianische Regierung hatte eine offizielle Kommission entsandt, die die Förderung der deutsch-brasilianischen Wirtschaftsbeziehungen durch Vermittlung der Leipziger Messe studieren wollte. Ueber das Geschäft laut das Messeamt vorläufig abschließend: Das Messegeschäft war im ganzen uneinseitlich. Die Entlastung des an sich starken Inlandsbedarfs wurde durch Geldmangel und Kreditknappheit vielfach gehemmt. Auch wirkten die Vorgänge der Haager Konferenz mit verstimmtem Geschehen auf den Inlandsbedarf. Die Messe, von Auswärtigen abgesehen, nicht über vorräthige Bedarfsdeckung hinaus. Was aber der Inlandsmarkt bei seiner heutigen Schwäche dem Messegeschäft ignobil blieb, das wurde menigstens teilweise

durch das Exportgeschäft wieder gut gemacht. Die Herbstmesse 1929 war als Exportmesse sehr beachtlich. Südamerika und Südamerika waren besonders die Einfäufer arberer Warenhauskonzerne erschienen, da man vor der geplanten amerikanischen Forderung noch möglichst viel Ware importieren möchte. Auch die europäischen Nachbarländer Deutschlands, England, der europäischen Norden und Osten, der Balkan, der Orient, Indien und Ostasien griffen flott in das Messegeschäft ein.

Zahlen von der Volksfürsorge.

Die Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft Volksfürsorge ist heute eins der größten Versicherungsunternehmen und die größte deutsche Volksversicherungsgesellschaft. Im Monatsdurchschnitt kamen Versicherungsanträge herein:

Ende des Jahres	Polisen	Berliner	Leipziger
1924	416 920	110 857 272	
1925	553 419	169 477 525	
1926	733 733	246 713 017	
1927	1 039 726	388 779 246	
1928	1 470 140	581 707 735	
1929 bis jetzt	1 750 000	700 000 000	

Das Vermögen der Gesellschaft stieg im Jahre 1924 auf 5,5 Mill. RM im Jahre 1925 auf 12,5 Mill. RM im Jahre 1926 auf 22 Mill. RM im Jahre 1927 auf 30 Mill. RM im Jahre 1928 auf 54 Mill. RM und dürfte Ende dieses Jahres an 90 Mill. RM herantommen.

Die Volksfürsorge ist ein Versicherungsunternehmen, das sowohl organisatorisch als auch finanziell sehr gut fundiert ist. Ihre Leistungen für die Zukunft sind die allerbesten, weil das große Heer der Werktätigen in Stadt und Land immer mehr auf die Volksfürsorge zuwenden.

Die freien Gewerkschaften im Jahre 1928.

Die gewerkschaftliche Großorganisation Deutschlands, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, hat mit dem Jahre 1928 wieder ein Jahr günstiger Aufwärtsentwicklung hinter sich. Trotzdem die Zahl der Verbände infolge der Verschmelzung von Berufsverbänden zum Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter von 38 auf 35 zurückging, weisen die Mitgliederzahlen eine Steigerung auf. In Zeiten wirtschaftlicher Störungen ist das ein erfreuliches Zeichen, und noch mehr in Anbetracht der ungeheuren Verleumdungen der sogenannten Opposition und der Verhöhnungen eines Teils der Arbeiterschaft durch die Heilsapostel der verschiedenen Art.

Zahlen und Tabellen werden nicht gerne gelesen, aber es lohnt sich doch sehr, in der folgenden Aufstellung die Zusammenfassung des freigewerkschaftlichen Millionenheers, nach Verbänden geordnet, näher zu betrachten. Der zahlenmäßige Stand der letzten beiden Jahre sieht so aus:

Name des Verbandes	Es hatten Mitglieder			
	am Ende des Jahres 1928	am Ende des Jahres 1927	insgesamt	hav. weibl.
Zusammen	4 866 926	4 415 673	4 653 586	712 430

*) Nicht berichtet. **) Verschmolzen.

Daraus ist zu entnehmen, daß der Metallarbeiterverband an der Spitze steht. Nach ihm kommt jedoch unsere Organisation, der Fabrikarbeiter-Verband. Zu den Großorganisationen mit über 400 000 Mitgliedern gehört noch der Baugewerksbund. Die Aufstellung lehrt aber auch noch, daß noch manche Verschmelzung von Verbänden vorgenommen werden kann, wodurch unbedingt die Gesamtbewegung weiter gewinnen würde. Ein großer Zusammenschluß, der des Verkehrsverbundes mit dem Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband sowie dem Gärtnerverband, steht ja bereits in Aussicht, so daß daraus eine Großorganisation von 659 000 Mitgliedern entsteht. Die Bewegung ist also im Fluß, es verschmelzen sich nicht nur kleine Verbände zu größeren Gebilden, sondern auch große zu Rieservereinigungen.

Die Gesamtmitgliederszahl erhöhte sich um 503 426 gleich 12,1 Prozent. Der alljährliche Rückgang der weiblichen Mitglieder ist nicht mehr zu verzeichnen, dafür setzte ein neuer Aufstieg ein.

So wie es mit den Mitgliederzahlen aufwärts ging, so war auch bei den Finanzen eine Aufwärtsbewegung zu sehen. Die Verbände vereinnahmten insgesamt 221 696 195 RM gegen 182 258 326 RM im Vorjahr.

Die Einnahmen bestehen aus folgenden Posten:

	1928 RM	1927 RM
Eintrittsgelder	711 812	666 551
Verbandsbeiträge	173 282 960	112 620 273
Vertikale Beiträge	30 347 382	25 976 962
Ertragsbeiträge	1 240 580	1 016 362
Zinsen	4 370 341	3 563 279
Sonstige Einnahmen	11 743 190	8 408 808

Mit Ausnahme der Summe für Ertragsbeiträge, deren Höhe abhängig ist von dem Umfang der Ausschreibung von Ertragssteuern, weisen alle Posten höhere Summen als im Vorjahre auf. Die Beitrags-einnahmen sind nicht nur entsprechend der größeren Mitgliederzahl gewachsen, sondern sie haben sich auch pro Mitglied vermehrt, und zwar von 40,87 RM im Vorjahre auf 44,02 RM im Berichtsjahre. Mit diesem Satze hat die Beitragsleistung nunmehr ungefähr den Realwert des Standes der Vorjahrszeit wieder erreicht.

Die Gesamtausgaben betrugen 1928 189 363 911 Reichsmark gegen 129 463 897 RM im Vorjahr. Es ist demnach eine Mehrausgabe von 59 900 014 RM zu verzeichnen.

Es wurden verausgabt für:

	1928 RM	1927 RM
Unterstützungen	62 540 817	40 965 984
Arbeitskämpfe	32 224 377	11 358 288
Presse und Bildungswesen	11 865 347	8 834 151
Agitation und Organisation	18 667 658	15 964 269
Sonstiges	11 873 705	9 143 665
Verwaltung	52 192 007	43 197 600

Von den Unterstützungsausgaben kamen im einzelnen auf:

	1928 RM	1927 RM
Arbeitslosenunterstützung	28 059 354	14 881 556
Krankenunterstützung	24 102 272	17 892 547
Invalidenunterstützung	2 900 016	2 020 451
Sterbefallunterstützung	3 343 630	2 711 095
Sonstige Unterstühtungen	3 318 392	2 808 081
Rechtschutz an Mitglieder	817 153	652 254

Die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres verursachte eine starke Vermehrung der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung. Die höhere Ausgabe für Krankenunterstützung wird dagegen wohl hauptsächlich durch den allgemeinen ungünstigen Gesundheitszustand im Herbst 1928 verursacht worden sein.

Es gibt wohl keine Organisation, die durch Selbsthilfe ihrer Mitglieder je gewaltige Summen rüchergütet, wenn Familien und Arbeiter in Bedrängnis und Not sind. In diesem Sinne der freien Gewerkschaften liegt die größte soziale Tat, die keine andere Vereinigung unserer Zeit aufzuweisen hat. Das sollte nicht nur der einzelne Arbeiter und die Arbeiterin erkennen, sondern die Gesellschaft.

Die Steigerung der Ausgaben für Arbeitskämpfe zeugt davon, wie umfangreich 1928 die Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen waren und ist der Beweis gegen das dumme Gerücht, daß die Gewerkschaften keine Kampforganisationen seien. Im gleichen Sinne wie die Verbände der freien Gewerkschaften kamen auch die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vorwärts.

Über ihre Tätigkeit heißt es in der „Gewerkschafts-Zeitung“:

„Sehr wertvolle Dienste leisten sie der Arbeiterschaft durch ihre Rechtsberatungs-einrichtungen. Im Jahre 1928 bestanden an 127 Orten Arbeitersekretariate, die von beauftragten Angestellten geleitet wurden. In weiteren 305 Orten, meist kleineren, waren Rechtsauskunftsstellen eingerichtet, in denen Mitglieder in Rechtsfragen von sachkundigen Beratern beraten wurden. Zur Erledigung der allgemeinen Gewerkschaftsarbeiten am Ort unterhielten 46 Ortsausschüsse eigene Büros mit angestellten Sekretären. Zur Förderung der Bildungsbestrebungen bestanden an 405 Orten Bildungsausschüsse und an 305 Orten Jugendausschüsse. Von 767 Ortsausschüssen wurden zur Vernehmung für alle Mitglieder gemeinsame Bibliotheken unterhalten. Zur Ueberwachung der Bauarbeiterbeschäftigungen bestanden an 421 Orten besondere, aus sachkundigen Personen zusammengesetzte Kommissionen. In 114 Orten haben sich die Gewerkschaften eigene Häuser erworben, in denen sich das Gewerkschaftsleben am Ort konzentriert. Dieser Besitz repräsentiert Millionenwerte. Meist werden die Gewerkschaftshäuser von besonderen, zu diesem Zweck gebildeten Gesellschaften verwaltet. Die Massenumfänge der Gewerkschaftshäuser erscheinen nicht in den Massenberichten der Ortsausschüsse.“

Wer noch genauere Angaben über das Gesamtwirken der freien Gewerkschaften im Jahre 1928 haben will, greife zum Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und verlange sein gewerkschaftliches Wissen zu ergänzen.

Amerika noch zu den Tingen Stellung zu nehmen habe, antwortete Kol. Clarke, daß er von der Anti-Glasarbeiter-Organisation beauftragt sei, den Ausschluß zu vollziehen, und mit der Unterchrift sei er vollzogen.

Darauf begrüßte die Exekutive den Kol. Clarke mit folgender Erklärung:

Wir begrüßen, in der Vereinigung der amerikanischen Anti-Glasarbeiter einen neuen Mitarbeiter für die Internationale der Glasarbeiter und geben der Kommission Ausdruck, daß durch solidarisches Zusammenarbeiten der Glasarbeiter von Amerika und Europa die Interessenvertretung beider Teile auf internationaler Basis am besten gewahrt wird. Wir verkennen dabei durchaus nicht die Schwierigkeiten, welche sich dieser Zusammenarbeit entgegenstellen werden, geben aber der Kommission Ausdruck, daß es durch gegenseitig guten Willen möglich sein wird, dieselben im Interesse der Internationale und zum Wohle der ihr angeschlossenen Mitglieder zu überwinden.

Unser herzlichster Wunsch ist, daß das brüderliche Band, welches dadurch zwischen Europa und Amerika geknüpft wurde, für die Zukunft durch gemeinsame Arbeit noch fester werden möge, zum Wohle der gesamten Glasarbeiter beider Erdteile.

Dann gab der Kol. De Lant als Internationaler Sekretär seinen Tätigkeits- und Lassenbericht, der zu Beanstandungen keinerlei Veranlassung bildete.

Auf der Tagesordnung stand ferner die Verschmelzung der Internationalen Sekretariate der Glas- und Keramikarbeiter. In dieser Richtung soll der Internationale Sekretär wie auch die Mitglieder der Exekutive eine weitere Propaganda entfalten, damit eine gemeinsame Organisation der Glas- und Keramikarbeiter, sowie der Fabrikarbeiter zustandekommt.

Ferner beschloß das Exekutivkomitee, die Regelung der Arbeitszeit in der mechanischen Glasindustrie zu einer Aussprache vor dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes zu bringen. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Gen. Thomas, hatte bereits zugefagt, daß diese Frage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Verwaltungsrats gestellt werden soll. Das Exekutivkomitee beschloß ferner, die in Köln festgelegten Satzungen anzuerkennen.

Ueber die Frage der Berufskrankheiten der Glasarbeiter referierte in ganz knappen Zügen der Kol. Girbig, der folgende Richtlinien vorlegte:

Die am 26., 27. und 28. August 1929 in Genf versammelten Mitglieder des Exekutivkomitees der Internationale der Glasarbeiter fordern von den Industriellen und Regierungen aller Länder, daß die Frage der Berufskrankheiten der Glasarbeiter einer besonderen Beachtung unterzogen wird. In allen Ländern gibt es einen Teil der Glasarbeiter, die unter den Folgen dieses Berufes zu leiden haben. Es ist in erster Linie der arme Star, der die Arbeiter zwingt, ihre Tätigkeit einzustellen, da er erhebliche Störungen der Sehkraft hervorgerufen hat. Zweitens leidet ein ebenfalls nicht unbedeutender Teil der Arbeiter unter Störungen der Atmungsorgane und die Lungenüberkühlung hat in den Glasbleiwerkstätten wie Glasbläsen erhebliche gesundheitliche Gefahren unter der Arbeiterschaft hervorgerufen.

Es muß deshalb Aufgabe der Regierungen aller Länder sein:

1. Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter zu treffen, daß die gesundheitlichen Störungen der Arbeiterschaft auf das denkbar niedrigste Maß reduziert werden.
2. Auch den trotz aller Vorsichtsmaßnahmen erkrankten Arbeitern durch die Sozialversicherung eine Rente gewährt werden, damit der Lebensunterhalt der erkrankten Arbeiter einigermaßen gesichert ist.

Die Exekutive der Glasarbeiter fordert deshalb, daß überall die notwendigen Schritte zum Schutze der Arbeiter unternommen werden.

Diese Resolution soll dem nächsten Internationalen Glasarbeiter-Kongress zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Ferner wurde beschlossen, den nächsten internationalen Kongress im Jahre 1930 Ende August oder Anfang September in Stockholm abzuhalten.

Zentralverband der Glasarbeiter, Sitz Tannwald.

Die wirtschaftliche Lage der Glasindustrie war im allgemeinen recht gut. Durch die erhöhte Bautätigkeit fand die Tafelglasindustrie auch im Inlande guten Ab Absatz. Durch die Gründung des Verkaufsartikels konnten die Inlandspreise um 26 Proz. erhöht werden. Das gleiche gilt für die Spiegelglasindustrie. Der Export sowie der Inlandsverbrauch der Produkte der Hohlglasindustrie war gut und die Unternehmer erzielten annehmbare Preise. Die Flachglasindustrie war ebenfalls gut beschäftigt. Das bestehende Flachglasartell hat, um sich unangenehme Konkurrenz vom Nalle zu schaffen, einige kleine Flachglasfabriken angekauft und stillgelegt. Die Gubglasbranche hatte gute Absatzmöglichkeiten. Die Gubglas-Industrie hatte günstige Konkurrenz in der Kristallglasbranche, demgegenüber ging es in der Plafonbranche andauernd schlecht. Auch die Glasringbranche litt unter ungünstigen Verhältnissen, dagegen verzeichneten die Bispulterwaren und falschen Edelsteine Hochkonjunktur. Im Glasexport ist ein bedeutender Rückgang zu verzeichnen. Die Rationalisierung hat schon in vielen Betrieben für die Arbeiter einschneidende Umwälzungen mit sich gebracht, welche in einer Umschichtung und Verringerung der Beschäftigten bestehen. Durch die Rationalisierung werden gesteigerte Anforderungen an die Arbeitskraft gestellt, ohne daß dafür ein höherer Lohn gewährt wird. Die Zollpolitik der Tschechoslowakei für die Glasindustrie, welche eine ausgezeichnete Exportindustrie ist, war immer ungünstig. Die Erhöhung der amerikanischen Schutzzölle auf Glas werden sicherlich unseren Glasexport nach Uebersee nicht fördern.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Mitglieder sind durch Verträge geregelt, doch gibt es viele Unternehmer, die sich an die Vertragsbestimmungen nicht halten. Wohl bestehen vertraglich vorgesehene Schiedsgerichte zur Entscheidung über Vertragsverletzungen, die auch von Seite der Arbeiter sehr oft angerufen werden, doch erweisen sie sich in der Praxis als eine unvollständige Einrichtung. Der beste Schutz zur Einhaltung der Verträge bleibt nach wie vor immer eine gut organisierte Beschäftigtenbewegung. In allen Branchen der Glasindustrie, mit Ausnahme der Kristall- und Plafonbranche, durchgeführte Lohn- und Arbeitsverträge für 23 150 Beschäftigte zum Abschluß gebracht. Die erreichten Lohnverbesserungen betragen 5 bis 18 Proz., ausserdem konnte so manche Vertragsbestimmung verbessert werden. Ungünstig verlief nur die Bewegung in der Kristall- und Plafonbranche des Berges, an welcher 2600 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren und die von allem Anfang an unter dem Einfluß der kommunistischen Partei stand. Nach unumwundenem Streit mußte die Arbeit zu schlechteren Bedingungen angenommen werden, wobei auch die vor dem Streit durch Verhandlungen erzielte Lohnzulage verloren ging.

Das Berichtsjahr hat neuerlich den Beweis erbracht, daß das Gesetz über die Arbeitslosenunterstützung für die Gewerkschaften unerträglich ist. Trotz des guten Geschäftsganges ist das betrug, bis zum Schlusse des Jahres auf 8 120 000 Reichsmark. Arbeitslosenunterstützung samt Staatszuschuß wurde in 127 Fällen für insgesamt 36 777 Unterstützungstage ausbezahlt.

Die in den letzten Jahren eingeleiteten Verhandlungen mit dem Verband der Keramikarbeiter in Österreich haben zu einem beide Teile befriedigenden Ergebnis geführt und fand aus diesem Grunde im April eine gemeinsame Reichskonferenz der beiden beteiligten Verbände statt, welche die von dem gemeinsamen Verhandlungskomitee ausgearbeiteten Anträge

Sitzung des Internationalen Exekutiv-Komitees.

Genf, 26., 27. und 28. August 1929.

Das Internationale Exekutiv-Komitee hielt in den Tagen vom 26.-28. August in Genf seine diesjährige Tagung ab. Vertreten waren Deutschland, England, Frankreich, Holland und die Tschechoslowakei. Als Gast war der Kollege William R. Clarke, Internationaler Präsident der American Flint-Glass Workers' Union erschienen. Eine reichhaltige Tagesordnung war zu erledigen. Ferner mußte der Tätigkeitsbericht des Sekretärs entgegengenommen werden und der Versuch gemacht werden, daß sich die amerikanischen Kollegen unserer internationalen Organisation anschließen. Die ersten beiden Tage wurden daher lediglich mit Arzteinandererlegungen des Kollegen Clarke ausgefüllt. Die amerikanischen Kollegen klagen darüber, daß Europa keine industriellen Erzeugnisse und nicht zuletzt auch die Glasindustrie ihre Fabriken nach Amerika bringt, so daß nach den Behauptungen von Clarke die Herstellungskosten in Amerika wesentlich höher liegen als die Einfuhrpreise für die in Europa erzeugten Waren betragen. Aus dieser Sachlage heraus ist Amerika gewillt, für die Vereinigten Staaten einen Zollschutz bis zu 5% des eingeführten Wertes zu beschließen. Wird also von Deutschland für 1 000 RM Glas nach Amerika ausgeführt, dann soll der Zollschutz bis zu 50.- RM betragen. Es wird sicherlich nicht bestritten werden, daß, wenn die Vereinigten Staaten einen solchen Zollschutz beschließen, es dann unumöglich ist, irgend welche Erzeugnisse nach Nordamerika zu bringen. Damit wird die Wirtschaftslage für die europäische Industrie, die auf den Export angewiesen ist, immer trostloser. Wird dieser Zollschutz Gesetz, dann haben wir im nächsten Winter mit einer Arbeitslosigkeit zu rechnen, deren Ausmaß nicht zu übersehen ist. Es ist daher ganz begründlich, wenn wir eine Verständigung suchen und uns mit unseren Kollegen in Nordamerika verbinden. Noch ist dieser Zollschutz nicht Gesetz. Wir haben unseren Kollegen Clarke nicht im Zweifel gelassen, daß die für die deutsche Industrie drohenden Gefahren nicht zu übersehen sind. Das Internationale Exekutivkomitee hat nun den Kol. Clarke dringend, seine Stimme dahin geltend zu machen, daß jener nachteilige Zollschutz nicht Gesetz wird.

Der Ausschluß der amerikanischen Anti-Glas-Workers Union ist dann am 2. Tag mit folgender Erklärung vollzogen:

Erklärung.

Im Namen der amerikanischen Anti-Glasarbeiter-Beschäftigtenvereinigungen von Nordamerika, die Mitglieder

der Internationalen Glasarbeiter-Vereinigung ist, beehren wir uns, folgendes zu erklären:

Erstens: Der vollständige Beitrag oder Steuer, welche von der amerikanischen Flintglasarbeiter-Vereinigung gefordert werden kann, kann drei und einhalb (3½) Cent pro Kopf und Jahr für jedes Mitglied nicht überschreiten.

Zweitens: Die amerikanische Flintglasarbeiter-Vereinigung und ihre Angestellten werden sich stets um die Interessen der internationalen Vereinigung kümmern und alles daran setzen, ihre, sowie die Interessen der ihr angeschlossenen Vereinigungen zu fördern.

Drittens: Da uns sehr große Entfernungen trennen, und daher die Vertrauens eines Delegierten mit erheblichen Geldausgaben verbunden ist (was auch der Grund war, daß wir 18 Jahre keinen Delegierten entsandten), behalten wir uns dennoch das Recht vor zu entscheiden, wann wir auf den Sitzungen der Internationalen Vereinigung persönlich vertreten sein wollen und dies ohne jede nachteilige Maßnahme oder Geldstrafe für uns.

Viertens: Wir behalten uns das Recht vor, nach unserem Gutdünken Beschlüsse zu fassen, die unsere Mitglieder und unsere Industrie betreffen. Wir denken hier besonders an Tarifverträge und ähnliche Fragen, welche eine große Bedeutung für unsere Vereinigung in den Vereinigten Staaten und in Kanada haben.

Es gibt auch noch einige andere Punkte von geringerer Bedeutung zu bereinigen, die es aber nicht erheischen, bei diesem Anlaß erörtert zu werden. Es betrifft dies die Angelegenheit der Ueberlegungen, den Austausch von Verhandlungsberichten und Beschlüssen, sowie sämtlicher Dokumente, die geeignet sind, die Probleme zu beleuchten, die uns beschäftigen und uns die Lage zu schildern, die in den einzelnen Ländern herrscht.

gez. Emil Girbig.

Vorsitzender des Internat. Exekutivkomitees der Glasarbeiter.

gez. William R. Clarke.

Präsident der Amerikanischen Anti-Glasarbeiter-Vereinigung von Nordamerika.

Auf die Anfrage des Kol. Girbig, ob der Anschluß zum endgültig vollzogen sei, oder irgend eine andere Anstanz in

Statuten und Geschäftsordnung für die Neuorganisation einmütig genehmigte. Unser Verbandsrat, welcher am 28. und 29. Juli in Ruffig tagte, hat in namentlicher Abstimmung mit allen Stimmen der anwesenden Delegierten die Verschmelzung des Glasarbeiterverbandes mit dem Verbande der Keramarbeiter beschlossen und als Sitz für den einheitlichen Verband Leipzig bestimmt.

Nachdem auch die Keramarbeiter auf ihrem Verbandsrat ebenfalls einstimmig die gleichen Beschlüsse gefaßt haben, ist die Durchführung nur noch eine administrative Angelegenheit. Für die weitere Entwicklung der Gewerkschaft der Glas- und Keramarbeiter ist der Weg geebnet. Es wurde nach den Vereinbarungen der Gewerkschaftszentralen eine organisatorische Gemeinschaft der beiden Verbände der deutschen und sächsischen Glasarbeiter unter dem Titel „Vereinigte Verbände der Glasarbeiter“. Beide Verbände garantieren sich vollständige Selbständigkeit und durch die Vereinbarung ist der gemeinsame Wirkungsbereich umschrieben.

Das Verhältnis zu den Organisationen der Glasarbeiter anderer Länder ist gut. Das vergangene Jahr erbrachte ein verständliches Vorgehen in Bezug der Sonntagsruhe in der Maschinenindustrie und wurden durch die Internationale zur Regelung dieser Frage entsprechende Anträge dem Internationalen Arbeitsrat übermittelt. Die gleichen Anträge sind durch die Landesorganisationen den zuständigen Regierungen überreicht worden.

Grauer Star als Berufskrankheit.

Eine sehr wichtige Entscheidung hat das Oberverwaltungsamt Dresden in der Sache unseres Kollegen Weichold am 22. Juni 1929 gefällt. Wir lassen das Urteil in vollem Wortlaut folgen.

In Sachen Anton Weichold, Dresden, Kläger gegen Glas-Verufsgenossenschaft, Beklagte.

hat das Sächsische Oberverwaltungsamt Dresden — VI. Spruchkammer — in der Sitzung vom 22. Juni 1929 nach mündlicher Verhandlung für Recht erkannt:

Im Namen des Volkes!

In Sachen Anton Weichold, Dresden, Kläger gegen Glas-Verufsgenossenschaft, Beklagte.

hat das Sächsische Oberverwaltungsamt Dresden — VI. Spruchkammer — in der Sitzung vom 22. Juni 1929 nach mündlicher Verhandlung für Recht erkannt:

Porzellanpreiserhöhung.

So erfreulich es war, auf der Herbstmesse wieder bestätigt zu sehen, mit welchem Eifer nach neuen Mustern in der Porzellanindustrie gesucht wird, um das Geschäft anzuregen, um so unerfreulicher ist es, berichten zu müssen, daß die Porzellanindustriellen eine Preiserhöhung für Geschirre in Höhe von 10 Proz. beschlossen haben. Gewiß, es gab Zeiten, wo auch einmal die Porzellanarbeiterschaft eine Preiserhöhung für gegeben hielt, aber die sind vorbei. Im jetzigen Zeitpunkt war sie überflüssig und industrieschädigend zugleich; denn die Schwierigkeiten der Porzellanindustrie liegen im ungenügenden Absatz, infolge der geringen Kaufkraft der Bevölkerung. An die Beilegung dieses Übels gehen freilich die Porzellanindustriellen nicht heran. Daß die Kaufkraft zu gering ist, geht aus der Tatsache hervor, daß die Bevölkerung in den norddeutschen Ländern vier- bis achtmal mehr Porzellan kaufen kann als die deutsche, deren pro Kopfbestand 50 Pf. in Artijahren beträgt. Der geringe Porzellanverbrauch ist also da. Die Geschirrporzellanfabrikanten tragen nun durch ihre Preiserhöhung weiter dazu bei, daß es noch mehr zurückgeht. Das ist die logische Folge ihres kaum begreiflichen Handelns.

Sie sind deshalb dazu gekommen, weil bisher der Verband deutscher Porzellanfabrikanten eine verkehrte Preispolitik überhaupt betrieb. Er hatte bekanntlich seine Preispolitik auf dem unrentabelsten Betrieb aufgebaut. Diejenige wurde noch die Lebensfähigkeit belassen, und die gut eingerichteten Fabriken machten ein glänzendes Geschäft. Solange der Absatz da war, ging es auch. Als jedoch der Absatz nachließ, setzte ein Konkurrenzkampf ein, der sich unangenehm auswirkte. Die Preisbestimmungen wurden durch alle möglichen Schliche umgangen, und immer mehr Fabriken kamen in eine bedrückte Lage, aber der gesunde Ausschleichungsprozess war auf diese Weise zu lange hinausgeschoben worden. Jetzt wurde als neuer Stützpunkt für die unrentablen Fabriken die Kontingentierung der Erzeugung in den Vordergrund der Erörterungen gehoben. Mit diesem Heilmittel und mit der neuen Preiserhöhung sollen wieder einige wackelnde Betriebe gehalten werden. Die alte Preispolitik wird also beibehalten, ohne daß der Porzellanindustrie, wie auch vorher nicht, gebietet ist. Sie kann und wird auf diese Weise nicht gerettet. Die angewandten Mittel sind volkswirtschaftlich falsch, weil die bestehenden Übel damit nicht beseitigt werden.

Den Nachteil bei dieser Methode hat selbstverständlich die Porzellanarbeiterschaft; denn das Geld, das auf verkehrte Weise verstreut wird, entziehen die Porzellanfabrikanten dem Lohnfonds und nicht etwa dem Gemeinwohl.

Daß diese Preis- und Wirtschaftspolitik der Porzellanfabrikanten selbst in kapitalistischen Kreisen nicht geteilt wird, geht aus einer Betrachtung der „Arbeits- und Handelszeitung“ in Nr. 202 hervor. Dort steht zu lesen:

„Was kann es nur bedauern, daß hier wieder eine der wenigen noch durchaus erwartungsfähigen Industrien den Versuch macht, ihre Exportfähigkeit auf Kosten des inneren Marktes zu erhalten... Das nun schon zum Nennmaß wiederholte Argument, die gegenwärtig erzielten Preise liefern keinen Nutzen, heißt doch in Wirklichkeit nichts anderes, als daß ein paar kleine und technisch nicht auf ausgetastete Betriebe die Konkurrenz mit den starken Unternehmen nicht aushalten können. Statt daß nun der Preisdruck bei den großen Betrieben verhandelt er sich mit dem Kleinrentner, um dessen Niveau als Basis für die Kalkulation der ganzen Branche zu nehmen und für sich einen Extra-Nutzen herauszuschlagen. Wir haben wirklich das Gefühl für die kritische Verfallensphase des amerikanischen Systems nach Deutschland über; aber es ist doch einfach nicht um die Tatsache herumzukommen, daß drinnen der Leistungsstand der großen Betriebe der Wirtschaft ergibt und bei der Konkurrenzfähigkeit. Die sich solche Maßnahmen mit dem getragenen Preis der Porzellanindustrie propagierten Gedanken der Exportförderung betreffen, ist unvernünftig. Glaubt man wirklich, daß der heimische Verbraucher immer wieder neue Hölle ausfinden wird, um einen angeblich vorhandenen industriellen Mittelstand am Leben zu erhalten?“

Wenn man kapitalistisch eingestellte Kräfte so deutlich werden kann in es höchste Zeit in einer Änderung der Methode. Die Arbeiterklasse wird versuchen müssen, beim Ablauf des Tarifvertrages die Pläne der Porzellanfabrikanten zu durchkreuzen. Ein mehrwöchiger Sitzenstreik würde die reinste wirtschaftliche Paralyse für die Porzellanindustrie sein; denn wenn man bedenkt, daß die verantwortlichen Verbändeleiter noch nicht mehr zugunlich. Die Porzellanarbeiter tun gut, bei ihrer kommenden Lohn- und Tarifverhandlungen ihren vorantgetriebenen Anteil an der Preiserhöhung zu verlangen; denn sie haben ein Recht darauf. Sie müssen, E. Schwaib bei der letzten Preiserhöhung auf einen wesentlichen Anteil verzichten, deshalb haben sie beim nächsten Mal mit doppelter Berechtigung ihre Forderungen stellen.

Eine Preiserhöhung wäre diesmal nicht notwendig gewesen, sondern höchstens eine Preiserhöhung, daß die beschlossenen Bestimmungen auch eingehalten werden.

E. Schwaib

Der Bescheid vom 18. 9. 1928 wird abgeändert. Die Beklagte wird verurteilt, dem Kläger vom 9. Mai 1928 ab eine vorläufige Rente von 70 Proz. zu gewähren.

An außergerichtlichen Kosten sind dem Kläger 32,70 RM zu erstatten.

Tatbestand und Gründe!
Der 1867 geborene Kläger leidet an Glasmacherstar beider Augen. Er ist von Dr. Waltherr operiert worden. Von diesem Arzt zog die Beklagte ein Gutachten bei (Bl. 47, III.) und setzte mit Bescheid vom 18. 9. 28 vorläufige Renten fest:

vom 20. 1. bis 8. 5. 28 100 Proz.
vom 9. 5. bis 16. 8. 28 60 Proz.
vom 17. 8. ab 15 Proz.

Dagegen legte der Kläger rechtzeitig Berufung ein. Das Gericht zog eine Lohnliste bei (Bl. 7 III.) sowie auf Antrag und Kosten des Klägers ein Gutachten von Dr. Meyer im Stadtfrankenhaus Dresden-Johannstadt (Bl. 7 III.) ein.

Dr. Waltherr schätzt die E. M. des Klägers nach der Operation mit 15 Proz., da das Augenleiden des Klägers lediglich in Linienlosigkeit bestehe. Demgegenüber bewertet Dr. Meyer die E. M. mit 75 Proz. Für seine Schätzung hat er eingehende Berechnung in seinem Gutachten vom 24. 5. 1929 aufgestellt. Das Gutachten ist den Parteien zugestellt worden, es kann auf dieses verwiesen werden.

Das Gericht hat keine Bedenken getragen, sich dem Gutachten des Dr. Meyer, der leitender Arzt der Augenabteilung des Stadtfrankenhauses Johannstadt ist, anzuschließen. Es ist die Schätzung der E. M. in eingehend wissenschaftlich begründeter Weise so schlüssig begründet, daß sie gegenüber dem Gutachten von Dr. Waltherr ohne weiteres der Entscheidung zu Grunde gelegt werden kann.

Hiernach war zu erkennen, wie geschehen.

Da die Beklagte unterlag, fielen ihr die außergerichtlichen Kosten zur Last, die dem Kläger durch Verziehung des Gutachtens von Dr. Meyer mit 30,20 RM und durch Terminswahrnehmung mit 0,50 RM entstanden waren.

Die Entscheidung ist endgültig. (§ 1700 Ziff. 7 RVO.).

gez. Dr. Fehrmann.

Leipziger Herbstmesse-Bericht.

In dieser Nummer bringen wir die Fortsetzung und den Schluß unserer Berichterstattung über die Leipziger Herbstmesse. Die Porzellanmanufaktur Meißner konnte auch nicht sagen, daß die Messe gut war. Sie machte der Versuch, einfachere Waren als Geschenkartikel und dritte Wahl Tafelservice billig zu dekorieren. Ob der Versuch gelungen ist, muß sich erst erweisen.

Bei der Porzellanmanufaktur Berlin haben sich die Erwartungen nicht erfüllt. In der Hauptsache wurden moderne Sachen, die preiswert sind, verkauft.

Vom Arnheide-Konzern machte die Veltete Volkstedter Angaben, wie: nicht gut, mittel. An Neuheiten waren Tafeldekorationen, Blumenschalen und Figuren zu sehen. Die Neuheiten haben gefallen. Bei Schwarzburg wurde in sehr beachtlichem Maße gekauft. Heinz Neuhäuser hatte eine schlechte Messe. Grotzsch und Durchbruchwaren wurden gekauft. Passau bezogene mittelmäßig. In den ersten Tagen hatte sich das Geschäft sehr gut angehangen, flaute dann aber ab. Triptis bezogene mit unbedeutendem. C. Tielich in Altwasser bezogene: Diese Messe brachte stark und neu den Beweis, daß die Messe an Wert verliert. Die Firma ist der Überzeugung, daß die Geschäfte besser werden, und daß sie die Beschäftigung aufrechterhalten wird. Die neuen Sachen der Firma sind sehr ansprechend und haben sicher auch Erfolg gebracht. C. M. Gutschenther, Hohenberg, sagte sehr zurückhaltende Messe. Hauptächlich wurden Sammeltafeln und Geschenkartikel verkauft, von denen eine Kollektion neu herausgekommen war. Die Abteilung Dresden war sehr ruhig. Sie ist vorläufig noch gut beschäftigt. Bei ihr wurden verlangt: Kaffeetassen, Vasen, Gedede und Schalen.

Die Feinstingutfabriken Ködler, Rodach u. Darmstadt, waren zufrieden. Bei Rodach sind die Neuheiten verkauft worden. Man muß es der Firma lassen, daß sie sich jetzt wieder außerordentliche Mühe gibt, neue Formen und Dekore herauszubringen. Die Neuheiten sind sehr gefällig und apart.

Bei der Porzellanfabrik Tettau A. G. haben die neuen Sachen sehr angeprochen, und es wurden auch gute Erfolge erzielt. In Tafelservices, Kaffeervices, Gedeken werden sicher noch sehr viele Nachtragorders erteilt werden. An Neuheiten waren Obstschalen und Vasen zu sehen. Man muß es der Porzellanfabrik Tettau lassen, daß sie Porzellanformen zu finden und geschmackvolle Dekorationen anzubringen weiß.

Die Porzellanfabrik Nahl a ist auch der Auffassung, daß im allgemeinen die Herbstmesse ihre Bedeutung hinter sich läßt. Nahl a ist zur jetzigen Herbstmesse mit gemäßigten Erwartungen gekommen und kann erklären, daß diese erfreulicherweise übertroffen wurden. Wenn auch die Preise unzulänglich sind, so ist doch quantitativ der Auftragsingang ein weit besserer, als die Firma erwartet hatte.

Velten-Vordamm, Steingutfabrik, konnten zufrieden sein. Die Großformen haben gefaßt. Bei Velten war es gut, es kann nicht klagen. Die Fayenceneuheiten von Velten machen einem wahrlich Freude.

Die Steingutfabrik Wächtersbach hat wieder eine außerordentlich schöne Ausstellung mit aparten Neuheiten, denen man eigentlich etwas mehr Absatz wünschen könnte. Ueber die Auftragsingänge der Messe konnte keine Auskunft gegeben werden.

Bei Riemann in Koburg war es nicht gut. Die Fabrik hatte aber immer zu tun. Im Herbst werden noch die Aufträge erwartet.

Porzellanfabrik Lende, Reichmannsdorf, war mit Erfolgsgeschäft nicht zufrieden.

Porzellanfabrik Schornsdorf kann nicht behaupten, daß es gut war. In der Hauptsache gingen Geschenkartikel.

Bei Bremer & Schmidt, Eisenberg, war die Messe schlecht.

Bei der Porzellanfabrik Pfeiffer in Gotha ist die Messe nicht auszulassen. Eine Note wird nicht gegeben. Die Fabrik war sehr wohl beschäftigt und hat ganz schöne Neuheiten wieder herausgebracht. Es ließ sich einen Servientenhalter schenken.

Der Firma Hertwig in Kaphütte wurden hauptsächlich Aufträge in kleinen Sachen erteilt. Sonst war die Messe nicht besonders. In besseren Sachen wurde wenig verkauft. Die Steingutfabrik dieser Firma wie Lampen, Vasen und Platten sehen ganz gefällig aus.

Von der Steingutfabrik Sörnewitz wurde die Messe in Anbetracht der Umstände als mittel bis gut bezeichnet. Der Markt sei an Neuheiten schon übersättigt. Die Herbstmesse könne abgekauft werden.

Bei der Porzellanfabrik Langewiesen war das Geschäft nicht so wie sonst. Das Inlandgeschäft bewegt sich in den unteren Grenzen.

Porzellanfabrik Eibendorf gab ihren Orderzugang mit 75 Proz. des Vorjahres an. Sie wird mit den bisher vorliegenden Aufträgen bis Weihnachten durchkommen. Eibendorf gibt sich Ruhe, ins deutliche Geschäft zu kommen.

Die v. Schierbolsche Porzellanfabrik in Blau hat ein mittelmäßiges Geschäft gemacht. Als Neuheit gab sie Leuchter heraus. Mit Ausnahme der Malerei ist der Betrieb voll beschäftigt.

Die Porzellanfabrik Schönau & Swaine, Hüttensteinach, meinte, es müßte besser sein.

Bei Galluba & Hoffmann, Klmenau, war der Besuch sehr still. Die vorige Herbstmesse wurde nicht erreicht. An Neuheiten waren Figuren und Tiere zu sehen.

Bei der Porzellanfabrik Klauenhammer ist noch nachzutragen, daß sie eine geschickte Butterdose, Form 422, mit Wasserföhlung, zeigen konnte, bezügleichen eine geschickte Tischschale. Die Butterdose besteht aus einem Porzellanbehälter, einem Einsatz und einem Deckel, der auch als Untersatz benutzt werden kann. Der Einsatz hängt im Behälter und läßt an den Wänden einen Zwischenraum, der mit Wasser gefüllt werden kann; durch Einschnitte im Einsatz kann das Wasser über die Butter laufen. Die Dose ist praktisch, immer gebrauchsfertig, bequem zu reinigen und ziert den Tisch.

Der Usher „Deurela“ ist insofern praktisch, als sich die Zigarettenablage in der Mitte des Ushers befindet. Brennende Zigaretten und Zigarren können nicht mehr auf das Tischglas fallen und Schaden anrichten. Der Usher läßt sich viel besser reinigen als die anderen, er ist glatt, offen und ohne schmutzhaftende Ecken.

Das Senfah „Gloria“ ist ebenfalls ein geschickter Hausartikel der Porzellanfabrik Klauenhammer. Senf hält sich darin wochenlang, ohne daß er eintrocknet.

Mit diesem Bericht ist zum zweitenmal der Versuch unternommen, vom Ausgang der Messe ein wahrheitsgetreues Bild zu geben. Wenn die Angaben nicht den Tatsachen entsprechen sollten, so liegt das nicht etwa am Berichtersteller, sondern bei den Firmen, deren wörtliche Auskunft hiermit wiedergegeben ist. Es war leider nicht möglich, allen Firmen einen Besuch abzustatten. Wir bitten die fehlenden, uns nicht böse zu sein. In Zukunft wird versucht werden, dem Uebelstand abzuhelfen. Es ist nämlich, in zwei Tagen bei rund 300 Firmen voranzubringen und Einkünfte einholen zu können. Hoffentlich sind die Firmen immer mehr bereit, diese Art Berichterstattung zu unterstützen, weil die Arbeiter ein immer größeres Interesse an dem kaufmännischen Wirken und den kaufmännischen Erfolgen ihres Betriebes in der Allgemeinen Konkurrenz haben. Die Porzellanarbeiterschaft kann auch mit Recht den Ausschluß verlangen. Es wäre nur zu wünschen, daß die Firmen Tatsachen mitteilen, damit die Berichterstattung der Wahrheit entspricht. Ferner wird gebeten, die auffälligen Neuheiten zu zeigen, damit man auch davon schreiben kann. Gute Leistungen verdienen schon eine Anerkennung. Eine solche kann man jedoch nur ausprechen, wenn einem alles berichtet wird, was für die Betriebe öffentlich von Wert ist. Mit Geheimnisräumerei erzielt man keine Geschäftserfolge. Edwin Henninger.

Jubiläumsausstellung bei Rosenthal.

Die Ausstellungsräume des Rosenthal-Konzerns zu sehen war in den letzten Jahren immer ein Besuch, trotzdem viel Muster gezeigt werden mußten. Ein Teil der Muster wurde meist in Vitrinen und Nischen so aufgestellt, daß die Käufer die Wirkung der Stücke vor Augen hatten. Das war bewußte Erziehungsarbeit, die auch Erfolg brachte.

Auf der diesjährigen Herbstmesse fielen beim Besuch der Ausstellungsräume zwei besonders auf. In dem einen waren die Porzellanarbeiten der fünfzig Jahre seit dem Bestehen der Firma zu sehen, und im anderen „Schlager aus der Zeit“. Als Rosenthal ankam, hina die Porzellanindustrie in der Hauptsache noch an den altüberlieferten Vorbildern der Manufakturen. Beim kaufkräftigen Publikum war das französische Porzellan beliebt. Das machte sich Rosenthal zunutze. Er brachte seine ersten Service im französischen Stil heraus, verdrängte damit die ausländische Konkurrenz, um dann eigene Wege zu gehen. Die eigenen Entwürfe wurden dem Geschmack der Zeit angepaßt, und der Erfolg blieb nicht aus. Von der eierförmigen unruhigen französischen Form 1892 ging die allmähliche Wandlung zur völlig glatten Servicegestaltung, die 1904 erreicht wurde und bis 1914 Geltung besaß. Dann kam 1915 eine edlere Form, der neuere Service noch bekannter folgten. Diese Darstellung von Service im Wandel der Zeit in der Form wie in der Dekoration ist außerordentlich für den Porzellan, und es sollte deshalb eine Porzellanwanderung einleiten, wenn die Ausstellung in sich angezeit wird. Sie ist des Aussehens wert und gibt sicher viele Anregung. Dann ist es auch Zeit, daß im Porzellanindustriegbiet endlich einmal eine ständige Ausstellung zu Besuch- und Studienzwecken aufgemacht wird.

Die andere Abteilung „Schlager aus der Zeit“ enthält eine Zusammenstellung der schönsten Muster der Rosenthal-Fabriken, die sich der größten Beliebtheit des kaufenden Publikums heute noch erfreuen. In dem Prospekt dazu heißt es: „Nicht immer sind diese Erzeugnisse künstlerisch die besten, aber sie bürgeln den Geschmack des Publikums wider, und bei einem Qualitätsurteil, das in seiner Preisliste immerhin von kaufkräftigen Schichten bevorzugt wird, sicherlich auch den Durchschnittsgeschmack gerade dieser Schichten.“

Wir sehen hier Dekore, die bis auf 80 Jahre zurückgehen und heute noch in unveränderter Frische auf dem Markt sind.

Man muß sich wundern, daß die Dekore noch verlangt werden. Es sind welche darunter, an denen man als Porzellaner keine Freude wirklich nicht haben kann; aber danach geht es ja nicht. Die Konsumenten bestimmen, und die Fabrik hat zu liefern. Es ist Dekore der Geschirrfabriken sind unter den „Schlagern aus der Zeit“ zu sehen, anherdem sieben Dekore der Kunstabteilung.

Auch unter den künstlerischen Porzellanen der Kunstabteilung sind Schlager. Zum Beispiel „Capriccio“ von Giebertmann; „Entenpaar“ von Büchel; „Kestrelgen“ von Himmelstich; „Nymphen“ und „Solimanentzerrin“ von Boek; „Meißner“ und „Sommerreit“ von Gasmann; die Gruppe „Duell“ und die „Taubentränke“ von Marquise; „Nischenmisch“ und „Nischen“ von Solzer-Delant; das Brunkstück „Amazonen“ von Prof. Wraß und ein Modell, das erst seit kurzer Zeit auf dem Markt ist, die „Trinkende“ von Prof. Wraß.

Die Porzellanwelt ist lebend. Ist ein Suchen nach dem Schönsten, Besten, Ansprechenden der Zeit. Philipp Rosenthal war ein Förderer, ein Anreger, ein Treibender im Porzellanmachen. Darin liegt sein großes Verdienst, daß ihm auch der wirtschaftliche Gewinn zugestehen muß. Wer die Jubiläumsausstellung besucht hat und noch besucht, wird das bestätigt finden.

Der französische Keramarbeiterverband.

Der französische Keramarbeiterverband hält am 15. und 16. September seinen 12. Verbandstag ab. Diese Tagung wird sich mit einer Reihe für den Verband wichtiger Probleme zu beschäftigen haben. Insbesondere bedarf der Verband angesichts seiner durch die unglückliche Spaltung der Gewerkschaften hervorgerufenen Schwäche einer Stärkung, die nicht zuletzt in einem Zusammenrücken mit dem französischen Glasarbeiterverband gesucht wird. In diesem Zusammenhang wird der Verbandstag auch eine Erhöhung der Beiträge beschließen müssen, um der Organisation eine bessere

Schlagkraft zu verleihen. Wie der Verbandsvorstand mitteilt, ist es unmöglich, mit dem jetzt bestehenden Betrag von 76 Centime pro Mitglied und Monat auszukommen. Auf der Tagesordnung steht auch die Frage des bezahlten jährlichen Urlaubes. Die französischen Gewerkschaften sind bestrebt, den Urlaubsanspruch des Arbeiters gesetzlich zu sichern. Bereits im Jahre 1926 wurde von der Regierung ein auf diese Frage bezüglicher Gesetzentwurf vorgelegt, der jedoch infolge Ablaufs der Legislaturperiode nicht mehr zur Beratung kam. Das neue Parlament hatte sich bereits wieder mit einem Gesetzentwurf über den bezahlten jährlichen Urlaub für Arbeiter zu befassen. Der von der Regierung vorgelegte Entwurf sieht grundsätzlich die Gewährung von Ferien für die Arbeiter vor. Die Gewerkschaften haben jedoch sowohl in bezug auf die Dauer des vorgezeichneten Urlaubs als auch hinsichtlich der Voraussetzungen Vorbehalte gemacht. Um die von den Gewerkschaften geforderten Vorbehalte zu fördern und ihren Forderungen im Parlament Geltung zu verschaffen, ist es notwendig, daß die Verbände sich mit der Frage eingehend befassen. Aus diesem Grunde ist die Frage auf die Tagesordnung des Verbandstages gesetzt worden.

Von besonderer Bedeutung für die französischen Gewerkschaften ist das im vorigen Jahre verabschiedete neue Sozialversicherungs-gesetz. Dieses Gesetz tritt Anfang 1930 in Kraft. Es sieht die Zwangssozialversicherung der Arbeiter vor. Dagegen sieht es nicht, wie die deutsche Gesetzgebung, einen Rassenzwang vor. Aus diesem Grunde ist in Frankreich augenblicklich eine heftige Kampagne im Gange über die Schaffung der neuen Klassen. Die Arbeitgeber sind bestrebt, Betriebsklassen zu schaffen, während die Gewerkschaften ihrerseits

bestrebt sind, die Arbeitnehmer für die gewerkschaftlichen Klassen zu gewinnen. Die Gewerkschaften betonen, daß das Gesetz in seiner gegenwärtigen Form durchaus nicht den Ansprüchen der Arbeiterklasse gerecht wird. Es war jedoch nicht Schuld der Gewerkschaften, wenn von der Kammer kein besseres Gesetz verabschiedet werden konnte. Trotzdem bringt das Gesetz für den Arbeiter und seine Familie eine gewisse moralische und materielle Sicherheit im Falle von Krankheit, Mutterschaft, Tod, Invalidität und Alter. Die Gewerkschaften werden nicht nachlassen, diese im Gesetz schon erreichten Garantien zu verbessern und zu erweitern. Wenn die Gewerkschaften sich in Frankreich gegen die Betriebsklassen wenden, die auf Grund des Gesetzes auch von den Arbeitern geschaffen werden können, so besonders deshalb, weil alle Betriebsklassen, selbst wenn sie nicht umhin können, die geforderten vorgeschriebenen Leistungen zu erfüllen, eine Beeinträchtigung der Freiheit der Arbeitnehmer bedeuten. Um die französischen Keramarbeiter dafür zu gewinnen, sich nicht den Arbeitgeberklassen, sondern der von der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung geschaffenen Sozialversicherungskasse, „Le Travail“, anzuschließen, wurde die Frage auf die Tagesordnung des Verbandstages gesetzt.

Vordamm.

Wieder ein alter treuer Kollege ist aus unseren Reihen geschieden. Der Porzellanarbeiter Ernst W o i t e, erst 56-jährig, ist gestorben. Unser Woi te war einer derjenigen, die ihren Verband hochhielten und Solidarität gegenüber ihren Kollegen übten. Wir werden unserem Ernst Woi te ein ehrendes Andenken bewahren!

Besserfreuer, die Nischenhaken, Schreibzeuge, sind aus Porzellan. Eine Tasse Bier (1/2) kostet durch schnittlich 55 Cents, etwas über 60 W., eine Portion Kaffee, ob man eine oder drei Tassen trinkt, spielt keine Rolle, 40-50 Cents. Betrübene auf der Straße sind Seltenheiten, bezahlten Bettler, Ausfallend ist ferner, daß die Kinder zu Dutzenden bei Tag und bei Nacht an der Bordsteinkante der Straße und an den Hauseingängen stehen. Auch Autos stehen vielfach vor den Häusern und nicht in der Garage. Die Häuser sind meist schwarz lackiert, haben hohe Fensterrahmen und sind in den Geschäften von 50-120 Kronen zu haben.

Die Geldverhältnisse sind im Vergleich zu Deutschland so, daß man sagen kann, für 10 Dore bzw. 1 Krone bekommt man gewöhnlich das, was in Deutschland 10 W. bzw. 1 RM kostet. Die Löhne der Arbeiter in der Großstadt sind in der Regel im Durchschnitt: 50 Kronen und darüber verdienen die Angeleiteten. 70 bis 90 Kronen die Gelehrten in der Woche. Die Arbeiter können sich dafür ungefähr das kaufen, was der Deutsche für 10 bis 30 Reichsmark erhält, nur haben die Waren, besonders die Lebensmittel, eine bessere Qualität.

Erwähnenswert ist noch, daß die Sozialisten die Stadtpflicht in Kopenhagen und die Staatsverwaltung von Dänemark in der Hand haben. Die Staatsverwaltung ist mit ihren Geschäftsräumen um das schöne Reichstagsgebäude zentralisiert. Wilhelmstrasse in der schrecklichen deutschen Art ist in Kopenhagen nicht zu sehen und die schönen Anlagen nicht mit kitschigen Standbildern verunziert.

Dänische Gastfreundschaft und anderes

Gastfreundschaft ist etwas, das in Dänemark und auch in anderen nordischen Ländern noch sehr gepflegt und geliebt wird. Die dänische Landesorganisation betrachtete sich wahrscheinlich deshalb auch als Gastgeber der ausländischen Kongreßteilnehmer. Sie veranstaltete eine Autofahrt durch Kopenhagen und Friedrichsberg für die Ausländer und eine Autofahrt für die internationalen Gäste und ihre Verbandstagsdelegierten bis nach Helsingør und zurück. Dabei bewirtete sie auch die Fahrgäste in ausreichendem Maße. Was dänische Bewirtung heißt, das muß man gesehen und genossen haben, erzählen läßt sich das nicht.

Die Gastfreundschaft ist nicht etwa nur eine gesellschaftliche Form, eine übliche Landeshitte, sondern ein Akt der Herzlichkeit, der Freundschaft, der Solidarität, ist tiefste Empfindung und ganz Herzenssache. Wir Porzellanarbeiter empfanden ja das Solidaritätsgefühl unserer dänischen Kollegenschaft in der Zeit höchster Inflationennot. Die dänische Bruderorganisation war neben der tatsächlichen die erste, die dem ehemaligen Porzellanarbeiterverband helfend mit Geldmitteln beistand. Diesen Freundschaftsdienst, dieses solidarische Verhalten werden die deutschen Porzellanarbeiter dem dänischen Keramist-Verband ebensowenig vergessen, wie die herrliche Gastfreundschaft anlässlich des 6. Kongresses der Internationalen Föderation der Keramarbeiter.

Bei den Autofahrten konnte man, soweit das beim Fahren eben möglich ist, noch so manche Beobachtungen machen. Man sah, daß die dänischen Dorfkirchen im durchfahrenen Teil dieses Landes nicht so geschlossen zusammengebaut sind wie bei uns in Deutschland, sondern daß sich die Häuser, vereinzelt und in Gruppen, breit über das ganze Land zerstreuen. Die Haupt- und Nebenstraßen sind in einem tabellofen Zustand. Der Autoverkehr ist sehr lebhaft. Viele Autos standen im Wald am Straßenrand, und die Besitzer lagerten mit ihren Familien im Wald. Bauernwirtschaften in unordentlichem Zustand, wie manchmal bei uns in deutschen Gegenden, haben wir in Dänemark nicht. Die Gehöfte sind sauber, Gemüsegärten, Felder und Wiesen gepflegt, Ställe, reinlich, dunkelbraunes Milchvieh und Pferde bewässern die gutbewässerten Weiden. Nirgends ist Brachland, jeder Streifen des nicht etwa erstklassigen Bodens nutzbar gemacht. Fleißige, arbeitssame, ordnungsliebende Bauern müssen dort anständig sein. Man bekam zu hören, daß es der dänischen Landwirtschaft einst auch sehr schlecht ging, daß sie Staatssubventionen benötigte. Durch Aufklärung und Schulung der Bauern, durch Spezialisierung und Normalisierung der Wirtschaftszweige, durch genossenschaftlichen Zusammenhalt kamen die dänischen Landwirte über ihre Schwierigkeiten hinweg. Heute haben sie vorbildliche Einrichtungen und erzielen Gewinn. Könnten das die deutschen Bauern nicht auch so machen?

Unsere dänischen Kolleginnen und Kollegen können die deutsche Sprache verstehen und vielfach auch sprechen. Eine Anzahl war auch in der Lage, sich mit den Engländern und den Franzosen zu verständigen. Wenn Schweden und Norweger dabei gewesen wären, hätten sie sicher auch mit denen Unterhaltung pflegen können. Sie hatten in ihren Schulen Gelesenheit, sich die Sprachkenntnisse anzueignen. Eine Anzahl trieb Selbststudium, machte Reisen in fremde Länder und bildete sich weiter. Sie stehen auf einer hohen kulturellen Stufe und betätigen sich dementsprechend, aber ihre gewerkschaftliche Organisation vernachlässigen sie deshalb nicht. Man erkennt schon an den Verkehrsstellen, daß unsere Kollegen, wie die dänische Arbeiterklasse überhaupt, gesellschaftlich andere Ansprüche an die Wirte in bezug auf Versammlungs- und Unterhaltungsräume sowie deren Einrichtungen stellen, als das bei uns in Deutschland der Fall ist. Deswegen gehen sie nicht etwa in die erstklassigen Hotels und Restaurants. Bei Gesellschaften sind die Tische stets mit Blumen geschmückt, und das Essen wird in einer Art gereicht, wie man es bei uns nur in den teuersten Gaststätten kennenlernt. Daraus kann man den Eschlus ziehen, daß die dänische Arbeiterklasse höhere Ansprüche an das Leben stellt und höhere Löhne verlangt.

Wir haben die besten Eindrücke von unserem Zusammensein mit den Verbandstagsdelegierten mit heimnehmen können. Jeder Kollege und jede Kollegin aus Deutschland sollte einmal Gelegenheit haben, in anderen Ländern unter der Kollegenschaft zu weilen und ihre Sitten und Gebräuche, ihr Wesen und ihre Art, ihre Freundschaft und Solidarität kennenlernen. Zur Bereicherung des Menschen würde das sicher beitragen.

Es wird verstanden werden, wenn auch an dieser Stelle der dänischen Kollegenschaft für alles Gebotene Dank gesagt wird!

Auf Besuch im Rathaus.

Die Kongreßdelegierten waren am 15. August um 17 Uhr zum Besuch des Rathauses von Kopenhagen geladen. Sie leisteten der Einladung selbstverständlich Folge. Die Begrüßung nahm der sozialdemokratische Finanzbürgermeister vor. Er bewillkommnete die Gäste in vorzüglichem Deutsch, und später konnte man beobachten, daß er sich auch fließend dänisch und französisch unterhielt. Von Beruf ist er Gärtner, später war er bei der Gassenreinigung beschäftigt, und nun hat er die Ehrenbürgerwürde der Stadt Kopenhagen. Er muß sich durch Selbststudium große Kenntnisse angeeignet haben, sonst könnte er unmöglich Bürgermeister geworden sein.

Die Stadt wird verwaltet vom ekkledrigen Magistrat, bestehend aus dem Oberbürgermeister, fünf Bürgermeistern und fünf Ratsherren. Bürgermeister und Ratsherren werden auf sechs Jahre gewählt. Von 55 Stadtverordneten stellt die Sozialdemokratie 25, von den fünf Bürgermeistern vier. Sozialdemokratie ist dort nicht, ein Zeichen, daß die dänischen Arbeiter die Bedeutung der politischen Einheit klar erkannt hat. Der Verordnungsgeber der Stadt wird von der Regierung ernannt. Von 1905 bis 1924 war das auch ein Sozialist, und zwar der Herr Jensen.

6. Kongreß der Internationalen Föderation der Keramarbeiter.

W o l m a n n : Das Herz ist voll. Ich hätte viel zu sagen über die Vergangenheit und die jetzige Stunde, das wird mir nicht gelingen. Einiges werde ich doch stammeln. Für die mich ehrennden Abschiedsbekundungen danke ich, bezahlten für die anerkennenden Worte der Kommission und die der einzelnen Freunde, sowie für die zuerkannten schreibbaren Beweise. Ich strebe mich darüber, sie geben mir Genugtuung. Aber das Beste von allem ist mir die Anerkennung meines guten Willens. Ich habe nicht mehr leisten können, was ich sollte, und erst recht nicht so, wie ich wollte. Das ist so und wird so bleiben, daß wir uns unter Ziel immer weiter strecken, als die Kräfte reichen. Es ist mir schon gelungen mit Hilfe der Landesorganisationen manches Gute bisher zu erwirken und zu erreichen; es erfüllt mich mit Genugtuung, daß wir die Bahn gefunden haben zur internationalen Kameradschaft. Wenn ich heute aus dem wertigen Kameradenkreise scheidet, so wünsche ich, daß alle anderen einmal mit den gleichen erfreulichen Empfindungen aus diesem Kreise zurücktreten. Alles in allem, der Abschied bestärkt mich, daß ich mich bemüht habe, ein guter Kamerad zu sein. Wir waren alle gute Kameraden, und ich wünsche, daß das so bleibt, daß Ihr weiter vom Geiste der Kameradschaft getragen werdet. Das braucht Ihr, um die Sorgen und Mühen tragen zu können. Wenn Ihr wieder zusammenkommt und zurückblickt, um neue Arbeit vorzunehmen, um neue Ziele zu stecken, so wünsche ich, daß Rückblick und der Ausblick in die Zukunft Euch ein freundliches Bild geben.

S i l l e : Frankreich hält eine kurze ergreifende Ansprache, die sich nicht ins Deutsche übersetzen läßt. Aus dem Inhalt geht hervor, daß es schon schmerzhaft ist, von Wollmann Abschied zu nehmen. Das sei das Schicksal aller Führer: Wenn sie durch ihre Arbeit am engsten zusammenge wachsen sind, müssen sie auseinandergehen.

S o l l i n s - England sagt: Wir Engländer haben die Arbeit von Wollmann schätzen gelernt. Wir danken ihm für die weisen Worte, die er noch an uns richtete. Die englische Kollegenschaft wird nicht vergessen, daß er seine besten Kräfte und seine Lebenszeit für die internationalistische Arbeiterbewegung national und international opferte. Die Internationale wird im gleichen Geiste wie er in Zukunft weiterarbeiten und mit gleicher Gründlichkeit. Kollege Abel wird kein Wort halten und aufbauen auf dem Werk Wollmanns.

F l o d i n - Dänemark dankt auch im Namen seiner Kollegenschaft unserem scheidenden Kameraden Wollmann. Er dankt ihm nicht allein für die internationale Tätigkeit, sondern auch für die der Kopenhagener Kollegenschaft erwiesene. Die Kopenhagener Porzellanarbeiter waren ja bis 1897 Mitglieder des deutschen Porzellanarbeiterverbandes, und Kopenhagen hatte eine Abteilungsstelle des deutschen Verbandes. 1897 konnten wir eine eigene Organisation gründen, meint Flodin weiter, da wollten einige deutsche Kollegen nicht mitmachen, aber Wollmann machte ihnen klar, daß sie der dänischen Organisation nunmehr angehören müssen. Wir kennen demnach Wollmann schon länger als die Internationale besteht. Er half uns ja unseren Verband mitgründen. Ich kann sagen, wir haben bestens mit ihm zusammengearbeitet, wenn uns auch manchmal die unterschiedliche Sprache ein kleines Mißverständnis bereitete.

Einmütig wird dann beschlossen, daß Almogos als nächster Tagungsort des Kongresses gilt. Dafür dankt Kollege S i l l e . Im Beginn der Nachmittags Sitzung wird vom Kollegen Flodin dem Kollegen W o l l m a n n eine schöne Vase mit Kopenhagener Malerei als Geschenk überreicht. (Lebhaftes Säuselgeräusch der Delegierten.)

Unter Verschiedenem macht Kollege S o l l i n s - England in aller Freundlichkeit darauf aufmerksam, daß er nicht recht begreifen könne, warum die Grobkeramik auf dem Kongreß vertreten sei, und Glas, mit dem doch auch eine Verkleinerung angestrebt werde, nicht. Kollege W o l l m a n n antwortet ihm, daß die deutsche Gruppe Grobkeramik der Föderation seit dem Karlsbader Kongreß 1926 als Mitglied angehört. Das sei der englischen Organisation schon zweimal mitgeteilt worden. Durch den Beitritt sei doch sogar der Name der Föderation geändert worden. Es sieht sehr, daß die Grobkeramik zu uns gehört. England müsse das wissen; denn es habe die entsprechende Mitteilung, das Karlsbader Protokoll und die Jahresabrechnungen erhalten, aus denen ja die Tatsache hervorgehe. Damit müßten sich die englischen Kollegen, die im Irrtum seien, begnügen. In der Sonnabendmorgen-Sitzung gibt der Kollege S o l l i n s - England noch einen Bericht über Verbesserung des Arbeiterschutzes in der feinkeramischen Industrie, die darin zu bestehen habe:

- höherer Oberarbeiterlohn,
- wirksamer Arbeiterschutz überhaupt,
- Entschädigung der Weibergattungen und der Silitose als Berufskrankheiten.

Zu dem englischen Gesetz vom Jahre 1908 sei die Höchsttemperatur beim Zerkleinern auf 125 Grad Fahrenheit festgesetzt, was eine Temperatur von rund 70 Grad Celsius entspricht. Das ist viel zu hoch. Es müsse auf internationalem Wege eine Höchsttemperatur gesucht und deren gesetzliche Festlegung in den Parlamenten angestrebt werden. Es bestünde eine Notwendigkeit, gefährlichen Arbeiterschutz durchzuführen und zu stabilisieren und in gleicher Weise auf internationaler Ebene.

Die gewesene konservative Regierung in England hatte das Bestreben, in der Staatswirtschaft zu sparen und begann ihre Sparpolitik bei der Sozialpolitik. Das war verkehrt. Gegenwärtig stehen in A. nur zwei Beamte für die Arbeitsaufsicht in den Porzellanfabriken zur Verfügung, was viel zu wenig sei. Die wichtigsten Fragen seien noch die, daß Weibergattungen und Silitose als Berufskrankheiten anerkannt werden. Nach dem englischen Arzt Dr. Str o h müßten 99 Proz. der Tuberkulose als Silitose anerkannt und als Berufskrankheit entschädigt werden. In England sind bisher 30 Fälle anerkannt worden. 4 Wunden bekamen eine Entschädigung von rund

Föderation der Keramarbeiter.

25 000 RM. Die Höhe der gezahlten Entschädigung für Silitose als Berufskrankheit beträgt im Durchschnitt 25 RM. Die englischen Arbeitgeber waren mit in der Kommission bei den Erhebungen beteiligt, sie zogen sich aber später daraus zurück, wahrscheinlich, weil sie kein Interesse daran hatten.

Die kurz gestreiften sozialpolitischen Fragen müßten später Gegenstand von Kongreßberatungen sein. Am besten wäre es, wenn schon die nächste Komiteesitzung die Fragen behandeln würde.

Der Kongreß nimmt die Mitteilungen der englischen Delegation dankend zur Kenntnis und erhebt daraus, daß die englischen Kollegen die Dinge behandelt wünschten. Das Interesse an den Fragen ist durch die Darlegungen unabweisbar geweckt worden, so daß in Zukunft schon auf dem nächsten Kongreß, die Erledigung vorgenommen werden kann.

Nach diesen Darlegungen ist der Behandlungsstoff aufgearbeitet.

W o l l m a n n nimmt noch einmal das Wort und führt aus: Meine Aufgabe ist es, all denen zu danken, die hierher kamen, um zu arbeiten und um ihr Interesse zu bekunden. Als gewesener Sekretär danke ich für das Vertrauen und die Zeichen der Kameradschaft. Ich gebe die Versicherung, daß ich die Internationale Föderation und ihre Vertreter nicht vergessen werde. Das Präzident ist mir eine freundliche Erinnerung an die letzten Stunden des Besamenseins und an die Liebe und Freundschaft. Daß mir der Abschied schwer fällt, habt Ihr wahrgenommen. Mit Genugtuung scheidet ich. Ich bin dem Schicksal dankbar; denn unser Banner steht nicht nur, es wird auch vorwärtsgetragen.

Ich danke allen, besonders unseren dänischen Kolleginnen und Kollegen für die erwiesene Gastfreundschaft und herrliche Aufnahme; denn wir wurden mit beispielloser Liebenswürdigkeit aufgenommen.

Ich wünsche, daß die Auswertung der Kongreßbeschlüsse und -anregungen für die Organisation eine günstige sein wird, daß die Organisationen sich günstig entwickeln, damit die Positionen der Arbeiterbewegung gefestigt werden. Die Föderation wird sich, gestützt auf kräftige Glieder, Recht und Geltung verschaffen. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Gewerkschaftsbewegung wird der Kongreß geschlossen.

Edwin Kenninger.

Erlebnisse anlässlich des Kongresses in Kopenhagen.

Die Fahrt nach Kopenhagen ist ganz interessant. In Warnemünde wird nämlich der Schnellzug - eigentlich nur drei Wagen - auf eine Fährschiff gehoben und so kann man bei einer Eisenbahnfahrt gleich eine schöne Seefahrt über die grüne Ostsee machen, die drei Stunden dauert. In Helsingør, der ersten dänischen Station, ist sie beendet. Der Zug wird ausgeladen und bekommt dort wieder festen Boden unter die Räder, eine Lokomotive wird vorgepaust und weiter geht die Fahrt durch eine fastig grüne Seenlandschaft bis nach Drehoed. Dort wartet wieder eine Fähre, die den Zug noch einmal über ein Wasser nach Madsnes bringt. Diese Wasserfahrt dauert jedoch nur kurze Zeit. Ist sie beendet, geht die Reise in ziemlich schneller Fahrt durch weiliges Hügelland weiter bis Kopenhagen.

Die Stadt macht schon vom Bahnhof aus einen schönen freundlichen Eindruck, der beim Gang zum Hotel nicht ungünstig beeinträchtigt wird. Die Häuser haben ein gefälliges Aussehen. Die Straßen sind sauber und belebt, sonderbarerweise meist von Stadtfahrern. Es fahren zeitweise mehr Menschen Rad als zu Fuß gehen. Die Radler und Radlerinnen sitzen mit geradem Rücken in stolzer Haltung auf ihren Fahrzeugen und halten ein mögliches Tempo ein, während die Autos ziemlich rasch fahren. Aber trotz dieser Ungleichheit des Tempos, gibt es keinen Wirrwarr und keine oder nur selten Zusammenstöße. Wenn ja einmal ein Auto oder ein Radfahrer aus einer Nebenstraße in ziemlich schnellem Tempo von der Ecke biegen und stoßen bald mit einem Fahrzeug zusammen, da gibt es kein Geschrei und Geschimpfe, in aller Ruhe weicht man sich aus und ohne Nervosität geht der Verkehr weiter seinen Gang. Das nervöse Gebaste und Gzerenne, wie man es z. B. in Berlin wahrnimmt, sieht man hier nicht.

Die Straßen sind sauber. Vier- und fünfstöckige Häuser säumen sie ein. Die Geschäfte befinden sich im Erdgeschoss, auch manchmal im 1. Stock. Die Aufschriften an den Läden sind meist auch dem Deutschen verständlich. An den Schirmgeschäften steht z. B. Karaplin. Die Konditoreien und Cafés heißen Konditori und Cafés. Wenn man Kuppeln und Guldinet liest, weiß man sofort, was im Laden zu erhalten ist, ohne daß man die Auslagen in Augenchein nimmt. Vaaeri ist Väderei, Viktualier Gemüschwaren, Barber Frisör, Rasser- und Frisierladen, ein Veigarer gibt es Tabak, Zigarren und Zigaretten, im Bogabandel Bücher und Schreibwaren. Die Bezeichnung Venstrom und Stalwaler dient dem Eisenladen zur Kennzeichnung. In der Smeder Waerstedt werden auch wie bei uns Kleider gemacht.

Aber Høllerbank for Kopenhagen heißt, weiß, daß dort Geldgeschäfte in der Volksbank erledigt werden. Im Restaurant gibt es wie bei uns Essen und Trinken, nur findet man wenig von ihnen. Es ist nicht wie z. B. in Berlin, daß in jedem fünften Haus eine Wirtschaft oder eine Kneipe ihr Domizil aufgeschlagen hat. Daran geht schon hervor, daß es ein Wirtschaftsleben, wie bei uns in Deutschland, in Dänemark nicht gibt. Das Essen, das man in den Restaurants erhält, ist sehr geschmackvoll und sehr reichlich. Stets gibt es mehrere Sorten Brot, viel Butter, wenig gepökelte und teuer ist das Bier, anscheinend der Kaffee und hoch im Preis steht der Schnaps. Jeder Gast muß dem Staat 10 Proz. Steuer auf die Getränke entrichten. Eine interessante Feststellung konnte man in den Gasthäusern als Porzellaner noch machen: die Kellnerinnen im Gastwirtsbetrieb, wie auch

und Amtszimmer, gegenüber von dem Block die Geschäftsräume und Kempter. Auf die Frage, wieviel Personen in den Kemptern arbeiten, gab der humorbegabte, liebenswürdige, einen Witz zum Besten des Inhalts: Ein Fremder fragt vor einem großen Amt in Berlin einen Einheimischen: "Wieviel Leute mögen denn dort arbeiten?" "Nu, wieviel werden arbeiten, vielleicht die Hälfte", meint der darauf. In den obenhinaus Kemptern soll es anders sein. Der Sitzungssaal ist ohne natürliches Licht. Daß er wie auch die Amtszimmer schöne Seitenwürdigkeiten hat, und daß die Räume alle künstlerisch geschmackvoll ausgestattet sind, ist bei dem guten Kunstverständnis der Dänen, das auch bei Anlagen und anderen Bauten zu erkennen ist, eine Selbstverständlichkeit.

In der Rathshaushalle, einem überdachten Hof, waren die Landesfarben der am Kongress beteiligten Nationen ausgehängt. Die Delegierten waren von der ihnen erwiesenen Ehrung von dem Rundgang durch das Rathaus, dem Willkommen des Bürgermeisters und dem Imbiß sehr befriedigt. Sie bedankten sich auch herzlich dafür. Daß jetzt in den Rathhäusern und vielfach ja auch in Staatsministerien Arbeitervertreter und vor allem Gewerkschaftsvertreter begrüßt werden, ist ein Zeichen von der wachsenden Bedeutung der Gewerkschaftsorganisationen. Wir wollen hoffen, daß in dieser Beziehung in der ganzen Welt weitere Fortschritte erzielt werden. Die Gewerkschaften haben ein Recht auf öffentliche Anerkennung. Die wurde der Internationalen Föderation der Keramarbeiter in Kopenhagen zuteil.

Als Gäste des Keramisch Forbund-Verbandstages.

Der Keramisch Forbund ist unsere dänische Bruderorganisation, in der die Porzellanarbeiter und die Töpfer organisiert sind. Rund 1100 Mitglieder haben sich ihr angeschlossen, zu 95 Proz. gehören die in Frage kommenden Arbeiterinnen und Arbeiter ihr an. Da der Kongress der Internationalen Föderation der Keramarbeiter für dieses Jahr nach Kopenhagen

einberufen war, hielt es der Keramisch Forbund für ratsam, anschließend an den Kongress seinen Verbandstag abzuhalten und die Kongressdelegierten zur Eröffnung einzuladen. Sie folgten der Einladung.

Das Lokal war das gleiche, in dem der Kongress getagt hatte. 57 Delegierte, darunter 13 Frauen waren anwesend, dazu zwei dänische Gäste und die ausländischen Kongressdelegierten. Das Photographieren der Verbandstagsdelegierten gehört in Dänemark zu den Eröffnungsformalitäten und die Bilder werden den Verbandstagsprotokollen beigelegt. Auch von der gemeinsamen Tagung wurde eine Aufnahme gemacht. Nach diesem Akt wurden die Eröffnungsansprachen gehalten, die notwendigen Kommissionen gewählt und der geschäftliche Teil erledigt. Eine einbrudsvolle Begegnung war dann, als die ausländischen Delegationsführer ihre Ansprachen hielten. Von Deutschland übermittelte Kollege Karl die Griße von 500 000 Fabrikarbeiter. Er brachte im Namen der deutschen Porzellanarbeiter noch zum Ausdruck, daß er sich freue, einem dänischen Verbandstag persönlich für die im Jahre 1923 erwiesene Unterstützung zu danken. Für die Tschechoslowakei sprach Kollege Walm, für England Kollege Collins, für Frankreich Kollege Lillet, für Holland Kollege Gelling, als neugewählter internationaler Sekretär stellte sich Kollege Appel vor, den Schluß machte Wolmann, der besonders seine Freude über die rege Mitarbeit der Frauen am Verbandsleben in Dänemark hervorhob und seinen herzlichen Dank für die ihm erwiesene Solidarität als internationaler Sekretär zum Ausdruck brachte. Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterkraft wurde diese weisevolle Stunde beendet. Auf der Tagesordnung des Verbandstages, der Montag und Dienstag weiter zu beraten hatte, stand unter anderem der Kauf von Aktien der königlichen Porzellanfabrik aus dem Vermögen der Verbandskasse. Das ist eine Angelegenheit, die deutsche Verbände offiziell noch nicht beschäftigt. Die Verbandstagsdelegierten und die Kongressdelegierten waren nachmittags und abends die Gäste des Keramisch Forbund.

Edwin Renninger.

gebracht waren, erklärte der Vorsitzende Herr Wiermann, daß die Firmen Westerröfke und Tapmeier in Veräsmold, die jetzt in Klasse A gekommen waren und 1 Wg. mehr bezahlen sollten, aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten wären, und daß die Löhne also für diese Betriebe nicht mehr in Frage kommen. Diese Erklärung wurde am 8. Mai 1929 gegeben. Für den 27. Mai 1929 erhielten wir eine Einladung für den nächsten Schlichtungsausschuß, die Firmen Tapmeier und Westerröfke in ein anderes Lohngebiet einzustufen. Unsere Vertreter lehnten das ab. Ebenso lehnte auch der Vertreter der Christlichen Gewerkschaft ab, weil er nach seiner Angabe über unser Gebiet garnicht orientiert sei. Er wollte die Sache nach Osnabrück weitergeben, da angeblich die Belegschaft der Firma Westerröfke in Westbarthausen dort organisiert wäre. Wir glauben nun, daß dieser Vertreter sich auch auf den Boden des Schlichtungsausschußes vom 8. Mai gestellt hätte, aber weit gefehlt.

Die Christliche Organisation vereinbarte mit der Firma Westerröfke ein Abkommen, worin das Lohngebiet 11 anerkannt wurde. Was seit Jahren erkämpft und umstritten wurde, wurde mit einem Federstrich von der sich stets gern brüstenden Nachorganisation für immer beseitigt. Dies Mandat sollte auch noch für den Betrieb in Veräsmold-Loxten gemacht werden. Der Zieglemeister dieses Betriebes bemühte sich krampfhaft, die Leute in die Christliche Organisation zu bringen mit der Angabe, sie brauchten nur die Mitgliedsbücher des Fabrikarbeiterverbandes abzugeben und der Vertreter würde sofort kommen und einen Tarif für sie abschließen, damit die Belegschaft 10 Stunden täglich arbeiten könnte. Dafür erhielten sie dann 3 Wg. weniger, als der Tarif vorsieht. Unsere Mitglieder lehnten das natürlich ab und erklärten dem Zieglemeister, daß sie auf solche Vertreter lieber verzichten wollten. Vorher hatte der Zieglemeister schon versucht, die Leute hineinzuleiten, indem er ihnen folgendes Schriftstück zur Unterzeichnung vorlegte:

"Unterzeichnete Arbeiter der Firma Westerröfke in Loxten wünschen und verpflichten sich hiermit in der bisherigen Weise weiter zu arbeiten."

Auf diesem Schriftstück geht hervor, wie dumm man heute die Ziegler noch einschätzt.

Ein Schreiben zwecks Abschluß eines Tarifvertrages seitens des Keramischen Bundes, Verwaltung Bielefeld, blieb von der Firma unbeantwortet.

Um das Maß an Ungerechtigkeiten für die Ziegler voll zu machen, muß man auch die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit zu umgehen wissen.

Unter dem 8. Juni 1929 teilte uns der Arbeitgeberverband u. a. folgendes mit:

An den Verband der Fabrikarbeiter, Bielefeld.

Unser 1. Vorsitzender, Herr Zieglemeister Hermann Miermann, Dehne bei Bad Deynhausen, hat uns Ihre Postkarte vom 3. d. Mts. überwiefen. Wir teilen Ihnen darauf höflich mit, daß die Herren Tapmeier und Westerröfke, Veräsmold, keine Mitglieder unseres Verbandes sind.

Unter dem 12. August erhalten wir folgende Schreiben der Gewerbeaufsicht:

"Auf Ihre Arbeitszeitbeschwerde, den Betrieb des Zieglemeister Tapmeier in Loxten betreffend, teile ich mit, daß ein Grund zum Einschreiten in der Arbeitszeitfrage nicht gegeben ist, da Tapmeier Mitglied des Zieglemeisterverbandes ist und als solcher gemäß Tarifvertrag eine Arbeitszeit bis zu 58 Stunden durchführen kann."

"Die auf Grund Ihres Schreibens vom 27. d. Mts. vorgenommenen Feststellungen in dem Betriebe des Zieglemeister Westerröfke in Loxten haben ergeben, daß seit längeren Wochen die Arbeitszeit der Arbeiter die Dauer von 48 Stunden pro Woche nicht übersteigt. Diese Angabe wurde, sowohl vom Betriebsratsvorsitzenden, von einzelnen Arbeitern, als auch vom Betriebsunternehmer, übereinstimmend gemacht. Ich sehe daher keinen Anlaß auf dem Wege des Strafverfahrens vorzugehen."

Der Gewerberat.

Bestere Firma hat in diesem Jahre aber nur circa 14 Tage diese 8 stündige Arbeitszeit eingehalten. Wir glauben daher, daß die Gewerbeaufsicht auf Grund unserer Beschwerde bessere Nachforschungen anstellen mußte; denn auch heute arbeitet die Firma wieder 58 Stunden pro Woche. Dann ist hier auch noch die Frage aufzuwerfen, ob der der angebliche Betriebsratsvorsitzende auch von der Belegschaft gewählt ist.

Nach dem vorstehend geschilderten will doch wohl keiner mehr behaupten, daß unser Arbeitgeberverband Minden-Ravensberg-Lippe bzw. seine Mitglieder im Verein mit der Christlichen Gewerkschaft es nicht meisterhaft verstehen, die Rechte unserer Ziegler mit Füßen zu treten.

Ziegler, wacht darum endlich auf und tretet ein in den Keramischen Bund und setzt Euch mit vereinten Kräften zur Wehr!

Maschinen für die Kalksand- und Zementwaren-Industrie.

Von der literarischen Abteilung des Leipziger Messenamts wurden uns erfreulicherweise eine Anzahl Artikel zur Verfügung gestellt, deren Inhalt sicher unsere Kollegenschaft interessieren wird. Wir bringen in dieser Nummer folgende Ausführungen daraus.

Gut beachtet ist die Leipziger Baumeße mit Maschinen für die Kalksand- und Zementwaren-Industrie. Der Kalksandstein, ein Produkt aus Kalk und Sand, auf Pressen nach vorhergehender Materialaufbereitung gepreßt und in Spezialformen unter der Einwirkung des Dampfes verfeinert, wird heute in mehr als 2500 Millionen Steinen jährlich in Deutschland erzeugt. Er ist mit der Zeit der Hauptmörtel geworden und findet auch für unempfindliche Bauteile starke Anwendung. Eine Spezialfirma der weiteren Umgebung von Leipzig hat bereits Anlagen mit einer täglichen Leistungsfähigkeit von 30 000 Steinen gebaut. Für die Herstellung von Bürgersteigplatten, die heute als Granitoid- bzw. Basaltoidplatten in allen großen und Mittelstädten eingeführt sind, kommen kleinere und größere hydraulische Pressen, sowie Spezialstampfer zur Anwendung. Auf der Mauerstein- und Schnellschlagmaschine, Renjal, werden Steine hergestellt aus Schlacke, Sand, Kies, und allem Material, das sich mit Zement binden läßt. Die Maschine für jede Steingröße gebaut, auch kann sie gleichzeitig für zwei Normate eingerichtet werden und zwar besonders für deutsches Reichsformat, 25x12x6 1/2 Zentimeter und Schladensformat 25x12x10 1/2; sie hat den bestmöglichen Vorteil, daß sie ohne jede Kette oder Zahnrad und ohne Feder arbeitet. Die Rollenpresse der gleichen Firma eignet sich für die Plattenfabrikation aller Größen und Stärken bis zu 300x300 Millimeter. Diese Pressen sind auch besonders gut geeignet für die Herstellung von Terrazzoplatten. Auch die Hohlblockmaschine Verbet hat eine bedeutende Verbesserung erfahren; man hat eine Vorrichtung gebaut, mit der auf ein und derselben Maschine Hohlblöcke mit durchgehenden Luftströmen hergestellt werden können und solche Blöcke, welche einseitig geschlossen sind. Die neue Dachsteinmaschine der gleichen Firma ist mit einer Schlagplatte versehen, die auf Querschlagen läuft, wodurch eine außerordentlich einfache Handhabung ermöglicht und dadurch eine ansehnliche Leistung erzielt werden kann.

Mit der maschinellen Einrichtung vollständiger Industrie- und Werkzeuge für die Leicht- und Kunststeinherstellung befaßt sich eine in die Augen fallende Firma. Da sie zunächst eine Universal-Mittel- und

Jahresbericht der Steinbruchberufsgenossenschaft für 1928.

II. Verwaltungsbericht.

Im ersten Artikel haben wir über Unfälle, deren Ursachen und über die Schuld an den Unfällen berichtet und unsere Meinung darüber zum Ausdruck gebracht.

Der weitere Inhalt des Verwaltungsberichtes befaßt sich mit den gegählten Entschädigungen an die Verunglückten und deren Hinterbliebenen, Strafen gegen Unternehmer und Betriebsleiter und gegen versicherte Arbeitnehmer und sonstigen verwaltungstechnischen Vorgängen.

An Unfallentchädigungen sind im Jahre 1928 insgesamt 6873 939,45 RM gegen 6 080 582,68 RM im Jahre 1927 gezahlt worden.

Die gezahlten Unfallentchädigungen verteilen sich in folgender Weise (die in Klammern beigefügten Zahlen beziehen sich auf 1927):

für Behandlung der nicht in Heilanstalten untergebrachten Verletzten und Erkrankten	533 821,63 RM	(336 909,15)
Heilanstaltspflege	674 575,89 "	(528 887,52)
Gewährung der Pflege	37 575,48 "	(36 074,09)
Verpflegung	3 152,44 "	(3 060,68)
Renten an Verletzte und Erkrankte	3 424 614,72 "	(3 134 513,81)
Krankengeld aus der Unfallversicherung laut § 559d Reichsvers.-Ordnung	3 024,73 "	(9 121,88)
Abfindungen an die Verletzten und Erkrankten, einschließlich ihrer Angehörigen (§ 616, Abs. 1 und 2 und § 618a der RVO.)	300 065,55 "	(252 704,41)
Sterbegeld	35 490,78 "	(33 332,37)
Witwen und Waisen	1 036 672,25 "	(964 242,37)
cheltliche Kinder und denen gleichgestellte Verwandte aufsteigender Linie	600 965,35 "	(535 438,46)
Abfindungen an Hinterbliebenen	45 044,74 "	(35 678,08)
einmaligen Winterbeihilfen	32 590,82 "	(14 096,50)
einmaligen Winterbeihilfen	16 556,47 "	(11 077,26)

Summa 6 873 939,45 RM (6 080 582,68)

Die obigen Entschädigungen sind 1928 gezahlt worden an 11 511 Verletzte oder 905 mehr als im Vorjahre

230 Kinder v. Schwerverletzten	178 "	"
98 Schwerverletzte des Pflegegeld	8 "	"
2961 Witwen	53 "	"
1926 Kinder v. Verletzten	113 "	"
14 Verwandte aufsteigender Linie von tödlich Verunglückten	12 "	"

51 Witwen erhielten die Witwenbeihilfe. Insgesamt ist an 18 293 Personen Rente gezahlt oder gegenüber dem Vorjahr an 1337 Personen mehr, ausschließlich der Familienangehörigen, die während der Heilanstaltsbehandlung des Verletzten das gesetzliche Familiengeld erhielten.

An Waisen, die in ihre Heimat zurückgeführt sind, wurden 26 534 RM Rente gezahlt.

Seit Bestehen der Berufsgenossenschaft sind insgesamt 1 227 242 RM an Entschädigungen gezahlt worden. Entschädigungen nach § 93 und 94 der Reichsversicherungsordnung sind im Jahre 1928 in 12 Fällen gegen Betriebsunternehmer und Betriebsleiter, welche in fahrlässiger Weise Unfälle herbeigeführt haben, gezahlt worden. In 5 Fällen ist der Betriebsunternehmer durch Strafverfahren des Verwaltungsorgans des Reichsversicherungsamtes bestraft worden. In 3 Fällen ist das Ermittlungsverfahren noch nicht abgeschlossen.

Viel viel Not und Leid ist nicht aus obigen Zahlen. Mancher Unfall hätte können vermieden werden, wenn alles getan worden wäre, was getan werden konnte. Das ist aber leider nicht der Fall. In vielen Betrieben sind die Betriebsbedingungen noch so mangelhaft, daß es geradezu ein Wunder zu betrachten ist, wenn nicht noch mehr Unfälle vorkommen.

Das würde schließlich alle Bemühungen der Berufsgenossenschaft, um die Unfallgefahren herabzumindern, wenn sie selbst von den Unternehmern sehr wenig beachtet werden.

Wir wollen gern anerkennen, daß auch die Steinbruchberufsgenossenschaft allerlei in puncto Unfallursachen über die Unfallgefahren getan hat. So erließ am 1. April 1928 eine Bekanntmachung als Amtsblatt der BG, welche der Herabsetzung der Unfallgefahren dient. Es werden vorgekommene Unfälle besprochen und die Ursachen, bzw. gegen welche Vorschriften Unternehmer und Betriebsleiter zu verhalten haben, besprochen.

Wir rechnen an, daß die Kenntnis der Unternehmer und auch der Arbeiter über die Unfallursachen zunehmen wird. Es ist durchaus zu wünschen, daß nicht nur der Unternehmer, sondern vor allem die Träger der Arbeiterschaft Literatur, welche der Unfallgefahren entgegenwirkt, kostenlos zur Verfügung überlassen wird.

Wir nehmen an, daß das auch von der Berufsgenossenschaft so gedacht ist. Ob dem aber auch von Seiten der Arbeitgeber überall nachgekommen wird, bezweifeln wir stark. Gerade die Arbeitgeber, in deren Betrieben noch manches faul ist in puncto Arbeitsschutz, werden sich auch nicht viel Mühe geben, um ihre Belegschaften in dieser Beziehung aufzuklären.

Die Steinbruchberufsgenossenschaft hat außer obiger Zeitschrift, nach ihrem Bericht, noch kleine Unfallverhütungsausschüsse, die aus der betreffenden Zeitschrift zusammengestellt sind, an die persönlichen Adressen der Vorgesetzten und Schichtmeister, Brennmeister, Aufsicher und neuerdings auch an die Betriebsräte geschickt.

Bis Ende 1928 hat die Steinbruchberufsgenossenschaft nach ihrem Jahresbericht an etwa 1500 Aufsichtspersonen annähernd 20 000 Unfallverhütungsausschlässe verandt. Diese Neuerung findet Beifall, schreibt der Bericht.

Unfallverhütungsausschlässe sind nach dem Jahresbericht etwa 25 000 Stück und Unfallverhütungsbilder mehrere Tausend verteilt.

Uns sind von dem im Jahresbericht aufgezählten Unfallverhütungsausschlässern bisher noch keine zugegangen. Vielleicht überlegt sich der Vorstand der Steinbruchberufsgenossenschaft einmal, ob diese aufklärenden Schriften und Bilder nicht auch den in Frage kommenden Fachverbänden der Arbeiterschaft zugänglich gemacht werden könnten.

Wenn man schon im Jahresbericht an diese eine Mahnung richtet, mehr für Aufklärung in Unfallverhütung, unter der Arbeiterschaft zu sorgen, wäre es nur recht und billig, wenn den in Frage kommenden Verbänden auch die von der Berufsgenossenschaft herausgegebenen Schriften und Bilder zugestellt würden.

Wir bezweifeln stark, daß alle Aufsichtspersonen (Betriebsleiter, Meister usw.) die ihnen von der Berufsgenossenschaft übergebenen Sachen auch richtig anwenden. Wäre das der Fall, so könnte es nicht vorkommen, daß viele von ihnen in so außerordentlich großer Weise gegen die klaren Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschriften verstößen, wie es im Bericht der technischen Aufsichtspersonen, dessen Besprechung in einem weiteren Artikel erfolgen soll, geschildert wird.

Damit soll vorläufig darüber genug gesagt sein. Wir wollen noch einen kurzen Blick auf die Zusammenstellung der Berufsgenossenschaft über die gegen Unternehmer und Betriebsleiter sowie gegen Versicherte von Seiten der Berufsgenossenschaft und den Behörden verhängte Strafen werfen.

Im ganzen sind im Jahre 1928 gegen Unternehmer 328 Strafen in der Gesamthöhe von 12 430 RM verhängt worden, gegen 288 Strafen in der Gesamthöhe von 9880 RM im Jahre 1927. Das sind 38 Strafen im Gesamtbetrage von 2550 Reichsmark mehr im Jahre 1928 gegen 1927.

Schon allein diese Tatsache kann zu denken geben. Man kommt zu der Auffassung, daß von Seiten der Unternehmer und Betriebsleitungen vieles verabsäumt wird, was zur Herabminderung der Unfallgefahren dienen könnte.

Dann kann man allerdings auch verstehen, wenn im Jahre 1928 wieder eine Steigerung der gemeldeten Unfälle zu verzeichnen ist.

Gegen Versicherte sind wegen Zuwiderhandelns gegen die Unfallverhütungsvorschriften 106 Strafanträge im Jahre 1928 gestellt, gegen 139 Anträge im Jahre 1927. Welche Geldstrafen verhängt wurden, ist im Jahresbericht der Berufsgenossenschaft nicht mitgeteilt. Nur lediglich, daß aus Billigkeitsgründen in einige Entscheidungen der Oberversicherungsämter und aus verchiedenen Anlässen in 41 Fällen (gegen 52 im Jahre 1927) Strafbeträge von insgesamt 87 RM abgesetzt wurden.

Zurück zum Vergleich der beiden Aufstellungen, einerseits Strafen gegen Unternehmer und Betriebsleiter, und andererseits Strafen gegen Versicherte, kann zu der Auffassung kommen, daß von Seiten der Unternehmer usw. vieles vernachlässigt und gegen vieles verstoßen wird, was dem Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiterschaft beim zur Herabminderung der Unfallgefahren dienen sollte. Bei den Unternehmern ein Steigen der verhängten Strafen, bei den Versicherten ein Sinken der gestellten Strafanträge. Man könnte einen Widerspruch zwischen diesen Tabellen und den Behauptungen des Jahresberichts, daß die meisten Unfälle auf Versehen der Versicherten selbst zurückzuführen sind, herauslesen.

In der Besprechung des Berichts der technischen Aufsichtspersonen, die wir in einem weiteren Artikel vornehmen werden, soll auf die Ursachen bzw. die Schuldfrage an einzelnen markanten Unfällen näher eingegangen werden.

Wie Ziegleiarbeiter um Tarifrechte gebracht werden.

In der Ziegelinindustrie des Tarifgebietes Minden-Ravensberg-Bielefeld bestand seit der Zusammenlegung mit dem Bezirk Bielefeld und Umgegend zu einem Tarifgebiet eine Klasseneinteilung, die für unsere Kollegen anerkannt war. Obiger Bezirk war erst einmal in 7 Lohngebieten eingeteilt und jedes Lohngebiet wieder in 10 Gruppen. Diese Einteilung zu beseitigen, war immer die dringende Aufgabe der Vertreter des Keramischen Bundes (Abteilung im Fabrikarbeiterverband). Es gelang nun bei der diesjährigen Lohnverhandlung, den Bezirk in 5 Lohngebiete einzuteilen. Klasse A1 rückt nach A auf und die Verhandlungen bedürftig und zu Protokoll

Stampfmaschine zu nennen für Hand- und Kraftbetrieb zur Anfertigung von Voll- und Hohlsteinen, Voll- und Halbplatten mit und ohne Nut und Feder, ferner von Hohlblöcken, Dedenhohlsteinen, Bordsteinen und dergleichen in verschiedenen Größen aus Sand, Kies, Schottergerüst und Basaltspalt usw. mit einem Bindemittel, ferner Vollautomaten für die Ziegelindustrie von einer Tagesleistung bis zu 55 000 Mauersteinen, Stampfmaschinen für Dedenhohlplatten bis zu 5 Meter Länge. Auch baut die Firma Mischmaschinen mit und ohne Materialaufzug ortsfest und fahrbar ein- und zweifach als Troggangsmischer mit Mischarmen, die hauptsächlich in Verbindung mit Stampfmaschinen arbeiten. Ferner Steinbrecher gezähnt und glatt zum Zerhacken von weichen Materialien, wie Schlacken, Bims - Zuff - und Kalkstein usw. in verschiedenen Größen.

Englischer Zementmarkt unter Monopol.

Der blaue Kreis wird der englische Großkonzern, der 7 Proz. der englischen Zementproduktion beherrscht, nach der Schutzmarke seiner Produkte genannt. Dieser Konzern besteht aus zwei Gesellschaften, von welchen die eine durch Zusammenschluß von 27, die andere von 32 Zementgesellschaften entstand. Der Konzern erzielte in den letzten fünf Jahren enorme Gewinne. Gleich den deutschen Zementfabriken verteilen sie im Verhältnis zu ihren Gewinnen nur „geringe“ Dividenden, — die eine Gesellschaft in den letzten zwei Jahren jeweils nur 8 Proz., die andere 15 Proz. — Der größte Teil der Gewinne wurde zur Selbstfinanzierung, zur Ausdehnung und Nationalisierung der Produktion verwendet. In den letzten Jahren haben sie 50 Millionen RM überwiegend aus laufenden Gewinnen zum Ausbau ihrer Betriebe verwendet, deren Leistungsfähigkeit von 22 auf 3 Millionen Tonnen gesteigert wurde. Durch großzügige Nationalisierung konnten die Produktionskosten der Tonne Zement um 37 Proz. gesenkt werden. Der Großkonzern erzielte jene gewaltigen Gewinne, obwohl er sich im scharfen Konkurrenzkampf befindet mit dem nach seiner Schutzmarke „roten Dreieck“ genannten zweitgrößten englischen Zementkonzern, der beiden Teilen große Summen kostete. Der „rote Dreieck“-Konzern beherrscht etwa 10 Proz. der britischen Zementproduktion; die Leistungsfähigkeit seiner Betriebe wurde in letzter Zeit auf eine Million Tonnen gesteigert. Seine Gewinne waren viel niedriger, als die des „blauen Kreises“-Konzerns. Die Kosten des Konkurrenzkampfes veranlaßten nur, wie in solchen Fällen üblich ist, die streitenden Parteien zum Friedensschluß: der bisher als Außenleiter tätige „rote Dreieck“-Konzern ist dem englischen Zementkartell, in dem neben dem „blauen Kreis“-Konzern auch kleinere Zementhersteller zusammengefaßt sind, beigetreten. Da inzwischen Vereinbarungen auch mit kontinentalen Produzenten getroffen wurden, kann jetzt der Zementwucher, der die Bauindustrie in England geradezu wie in Deutschland erschwert, hemmungslos betrieben werden, sofern sich die Regierung in Ausführung ihres Wohnbauprogramms nicht zu energischen Maßnahmen zu seiner Bekämpfung entschließen wird.

Unglücksfälle in der Harzer Ralkindustrie.

Am 30. August wurde auf Abteilung Kleiner Stein der Steinbrucher Dio Rieche aus Stiege von einem Personenzug der Blankenburger-Halbortstädter Eisenbahn überfahren. Rieche war beim Passieren auf dem Betriebsgleise beschäftigt und überließ in einer Kurve den fahrplanmäßigen Personenzug. In und der nächstfolgende Wagen glatt über ihn hinweggefahren sein, und wurde vom Zuge erfasst, wobei ihm der rechte Fuß abgefahren wurde. Wie Augenzeuger behaupten, soll die Maschine und der nächstfolgende Wagen glatt über ihn hinweggefahren sein und erst der zweite Wagen hat ihn erfasst. Die Abteilung gehört zur Firma Vereinigte Harzer Portlandzement- und Ralkindustrie. Auf dieser Abteilung sind in letzter Zeit wiederholt erhebliche schwere Unglücksfälle passiert. Die Arbeiterschaft ist der Auffassung, daß hieran das Antreiberystem und die mangelhafte technische Einrichtungen mit Schuld sind. Ein weiterer schwerer Unglücksfall ereignete sich auf Abt. Ralketal, den Braunschweigischen Ralkwerken gehörend, am 3. September 1929. Hier verunglückte der Bohrer August Deile durch herabfallendes Gestein. Ein 4 Zentner schwerer Steinblock löste sich in vier Meter Höhe von der Bruchwand und traf den Bedauernswerten so unglücklich, daß ihm beide Beine und das Gesicht gequetscht wurden.

Auch dieser Unfall gibt Veranlassung auch an dieser Stelle den Steinbrucharbeitern zuzurufen: „Seht acht! Mehr Vorsicht im Berriebe! Arbeitet mit mehr Ueberlegung und laßt euch nicht von sogenannten Vernegern anreiben. Bedenkt, daß euer Leben und Gesundheit und das Glück eurer Familie auf dem Spiele steht!“ D. B.

Köln, Halbjahresbericht.

Das erste Halbjahr 1929 stand im Zeichen des allgemeinen Aufstieges. Trotz der anhaltenden Arbeitslosigkeit und dem verschärften Druck des Arbeitgebertums war es uns möglich, Fortschritte zu erzielen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt war nach wie vor ungenügend. Betriebsstilllegungen und Kurzarbeit waren in allen Industriezweigen vorhanden, nur die chemische Industrie war weniger davon betroffen. Eine wesentliche Besserung ist erst im 2. Quartal eingetreten. Die Gummiindustrie war außerordentlich gut beschäftigt. In der Berichtszeit wurden folgende Betriebe stillgelegt:

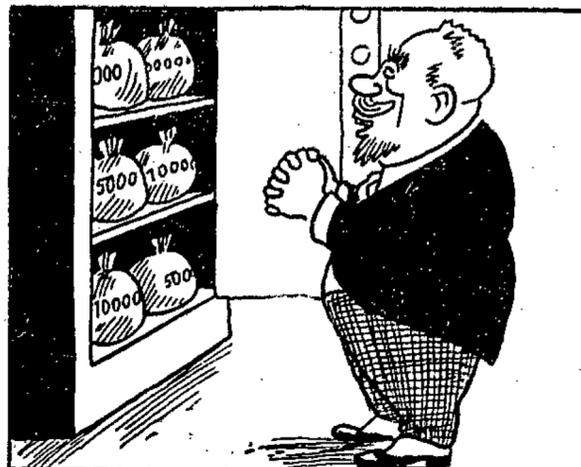
Table with 2 columns: Firmen and Zahl der Entlassenen. Includes entries like Gebr. Hanebeck, Papierfabrik, Verg.-Glabbach, Josef Brand, Ziegelei, Köln-Indenthal, Ziegelei Rheinland, Köln-Pollstock, Bänderfabrik, Verg.-Glabbach, etc.

Durch die Erneuerung der Lohnsätze war die Tätigkeit der Ortsverwaltung eine sehr reichhaltige. Es fanden statt 953 Verhandlungen, Informations-, Verhandlungen aller Art. In Post-Gingang: 1724, en ... Einladungszeitel für Versammlungen und Rundschreiben wurden hergestellt 22 320, Flugblätter wurden verteilt 37 000. Die Hausagitation wurde fortlaufend betrieben. In der Berichtszeit wurden 44 Adressen bearbeitet, davon wurden 138 für den Verband gewonnen. Am Arbeitsgericht hatten wir 32 Klagen zu verketen, die damit endeten, daß der Betrag von 1925,50 RM unseren Mitgliedern zugesprochen wurde. An Entlassungen wurden durch Urteil des Arbeitsgerichts 8 Klagen mit Erfolg und 4 ohne Erfolg entschieden. Am Arbeiterkennzettel in Köln heften sich 34 Mitglieder eingetragen. In den Kursen haben 20 Mitglieder teilgenommen. In die Berichtszeit fiel der Ablauf sämtlicher Lohnsätze. Die Arbeitgeber hatten die Parole ausgegeben: kein Kennzettel, Lohnhöhung und Abschluß der Tarife auf 2 Jahre. In der Praxis ist es wesentlich anders gekommen.

Zweierlei.



Wenn Industrie, Landwirtschaft, Verkehr und Handel vom Staat Subventionen erhalten, dann ist das nicht mehr als recht und billig.



wenn jedoch der nichts besitzenden Arbeiterschaft infolge des überaus strengen Winters Zuschuß zur Arbeitslosenversicherung gegeben werden muß, da steigt die Erregung der Arbeitgeber aller Art über die Verschwendung des Staates, da wird sie heftig Sparbarkeit und Einschränkung der Sozialpolitik gefordert.



Bei der Erneuerung der Tarifverträge wurden in den einzelnen Industriegruppen die tariflichen Stundenlöhne wie folgt erhöht:

Table listing industries and their percentage wage increases. Includes entries like Chemische Groß-Industrie (4-5%), Gummi-Industrie (4-5%), Chemisch-technische Industrie (4%), etc.

In der Steinzeugröhren-Industrie wurden die Tarife nicht gekündigt.

Die Stundenlöhne der Arbeiterinnen wurden um 2,5-5 Pf. erhöht.

Es ist ferner gelungen, mit der Kunstlederfabrik Hofsclag & Stampfer und der Firma Josef Wenden, Wachskerzenfabrik, einen neuen Bohnenvertrag abzuschließen. Außerdem haben wir eine Reihe von Verschlechterungen abgewehrt. So auf der Glanzstofffabrik Courtaulds, G. m. b. H., Köln-Merheim; in der feuerfesten Industrie haben wir Akfordverbesserungen durchgesetzt, in der Glasindustrie besondere Zuschläge zum Stundenlohn vorübergehend festgelegt. Auf der A.G. für Stickstoffdünger in Knappsch die bestehenden Akfordabkommen erneuert mit dem Ergebnis, daß die Stundenlöhne von 5 auf 10 Pf. pro Stunde erhöht worden sind. Insgesamt beträgt die Lohnsumme, die wir durch die Lohnhöhung für unsere Mitglieder erreicht haben, pro Jahr 3 620 000 RM.

In der Berichtszeit hatten wir im 1. Quartal eine Gesamteinnahme von 56 133,85 RM, im 2. Quartal 74 923,75 RM. Der Markenumsatz betrug im 1. Quartal bei der Abrechnung mit 11 Wochen 60 000, im 2. Quartal 86 726 Stück; pro Mitglied im 1. Quartal 10, im 2. Quartal 14,2 Beiträge. Der Hauptfasse wurden insgesamt 61 938,27 RM überwiesen. An Unterstellungen aller Art wurden 23 277,63 RM ausgezahlt. Der Bestand der Lokalkasse beträgt 103 995,30 RM.

Trotz der großen Arbeitslosigkeit, der Betriebsstilllegungen und Einschränkung hat sich die Mitgliederzahl um 300 erhöht. Die Gesamtmitgliederzahl beträgt 6200, davon 3480 männliche und 2720 weibliche Mitglieder.

Rum Schluß danken wir allen Mitgliedern, Vertrauensleuten und Hilfskassierern für ihre eifrige Verarbeitung. Auch das 3. Quartal steht im Zeichen des Aufstieges, und wenn alle Vertrauensleute ihre Pflicht erfüllen, ist auch in diesem Quartal mit einer weiteren Mitgliederzunahme zu rechnen. B. Hertwig.

Literarisches.

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin. Abonnementpreis vierteljährlich 3,60 RM. für Organisationsmitglieder 2,85 RM. Das Augustheft der „Arbeit“ wird eingeleitet durch ein Kapitel aus dem Buch von Theodor Leipart über Carl Legien, den großen Führer der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung. Es enthält außerdem sehr lesenswerte Artikel.

„Soziale Bauwirtschaft.“ Monatlich zwei Hefte. Bezugspreis vierteljährlich 2,25 RM, Einzelheft 90 Pf. Das Heft 17 ist dem Verbandstag der Dewag, Revisionsvereins, gewidmet und enthält beachtenswerte und anschauliche Artikel über bestimmte Gebiete. Im Juli 1929 waren in 132 sozialen Baubetrieben 23 323, im Durchschnitt je Betrieb 178 Arbeiter und Angestellte tätig gegen 21 323 bzw. 155 Beschäftigte im gleichen Monat des Vorjahres. Das ist ein Zeichen, daß sich die soziale Bauwirtschaft weiterentwickelt und artwärts bewegt.

Ratgeber für die Invalidenversicherung von Friedrich Quatmann. Kontrollinspektor (Heft 6 von Wordels Schlüsselbüchern). 15. Auflage (1928-1929). 48 Seiten. Verlag Friedrich A. Wordel, Leipzig C. I. 100. Preis 20 Pf. Die Paratierleistungen von 10 Schick an Ermäßigungen. — In der Beschreibung steht sich der Meister. sollte als Leistungsgeber dieser einseitigen Schrift stehen, die auch jetzt noch alljährlich Auflagen von vielen Tausenden erlebt und immer wieder ihre An-

ziehungskraft ausübt auf Arbeitgeber und Versicherte, auf Berufsbeamten und Inhaber von Ehrenämtern. In anschaulicher Weise werden die verschiedenen Arten der Versicherung (Pflicht-, Selbst-, Weiter- und Höherversicherung), die Beitragszahlung und die Leistungen erörtert. Die ab 1. Oktober 1929 in Kraft tretenden Erhöhungen der Renten sind bereits berücksichtigt, so daß die Neuauflage auch in bezug auf rasche Anpassung an den neuesten Stand der Gesetzgebung den alten Ruf von Wordels Schlüsselbüchern wahr.

Ausschlüsse.

Ausgeschlossen wurde das bisherige Mitglied der Zahlstelle Celle, Albin Gaserlorn, Mitgl.-Nr. 921 729, gemäß § 14, Ziffer 3 d in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 des Verbandsstatuts, sowie gemäß § 14, Ziffer 3 a in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 die Mitglieder der Zahlstelle Klenzsburg: Hugo Jensen, Mitgl.-Nr. 959 372, Otto Johnson, Mitgl.-Nr. 959 441, und gemäß § 14, Ziffer 3 d in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 das Mitglied der Zahlstelle Kempen, Albert Hiltensberger, Mitgl.-Nr. S II 3595.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 14, Ziffer 3 a in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 die bisherigen Kollegen der Zahlstelle Berlin: Heinrich Krahn, Mitgl.-Nr. S II 772 952, Karl Franz, Mitgl.-Nr. G I 170 962, Willi Comos, Mitgl.-Nr. 919 971, Karl Ullner, Mitgl.-Nr. 961 332, Hermann Behr, Mitgl.-Nr. 984 131, Rudolf Rost, Mitgl.-Nr. 961 461, Gustav Wagner, Mitgl.-Nr. 961 463, Adolf Unglaube, Mitgl.-Nr. 856 720. — Außerdem auf Grund des § 14 3 d das Mitglied der Zahlstelle Rathenow: August Fritsche, Mitgl.-Nr. S II 502 141.

Arbeitsmarkt.

Steingutfabrik Rhon A.-G., Rhon bei Gens (Schweiz), sucht zu sofortigem Eintritt einige an rasches und sauberes Arbeiten gewohnte Dreher und Geierer. Es ist zur Erlernung der französischen Sprache gute Gelegenheit geboten. Bleibende Stellung, Reisevergütung. Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, und wenn möglich mit Zeugnisabschriften, sind an die Direktion der obengenannten Fabrik zu richten. (127a)

Guter Schlarfener-Maler, der die Unteralfarfarbentechnik, insbesondere Pulver- und Lösungsfarben vollständig beherrscht, gesucht. Werkwohnung vorhanden. Werbung und Angaben des Alters und der bisherigen Tätigkeit erbeten an W. Gobel, Porzellanfabrik, Dessau und Wilhelmstraße in Dessau bei Coburg. (128)

Hohlglaschleifer, 21 Jahre alt, ledig, perf. in Stein- und Maschinenpressen, sowie im Glaskleifen und Polieren, sucht Stellung. Angebote sind zu richten an Georg Grünig, Simenau, Karl-August-Str. 7.

Tüchtiger Feinschleifer und Scheibenarbeiter mit drei Söhnen, sucht Stellung. Anfragen zu richten an den Verband der Fabrikarbeiter Föberer (D.-L.).

Drechslermeister, in der Glasindustrie tätig, mit langjährigen guten Zeugnissen, sucht sich baldmöglichst zu verändern. Selbiger ist auch in Eisendreherei sowie Elektrik gut bewandert. Angebote unter Adresse: Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Degendorf, Bayer. Wald, Nr. 100, erbeten.

Tüchtiger, lediger Feinschleifer, er sucht sich baldmöglichst bald Arbeit. Angebote an Zahlstelle Weizwasser des Fabrikarbeiterverbandes, Weizwasser (D.-L.), Grieser Str. 43.

Junger Glasbläser, vertraut mit allen Arbeiten der Isolierflaschenindustrie, sucht Stellung. Angebote unter „F. 82“ an die Redaktion des „Keramischen Bundes“ erbeten.

Zwei ledige Feinschleifer, Kompanisten, verzetzt im Bleiglaschleifen, sowie in Blumen und Früchten, suchen als solche Stellung. Angebote unter „F. 83“ an den „Keram. Bund“ erwünscht.

Formgießer, in sämtlichen verkommenen Arbeiten dieser Sparte vertraut, desgleichen gute Kenntnisse im Einrichten und Abgießen, wünscht sich zu verändern. Neher und Zeugnisse liegen auf Wunsch zur Verfügung. Offert. schicke man unter „F. 84“ an den Verlag des „Keramischen Bundes“, Berlin-Charlottenburg. Brabeit. 2-5.

Verlag: Hermann Grunzel, Charlottenburg, Brabeit. 2-5. Verantwortlich für den Inhalt: Edwin Kemminger, Charlottenburg, Brabeit. 2-5. Druck: G. Kamitzewski, Berlin SO. 38, Elisabethufer 28/29.

Volk der Fabriken, Volk der Not!

Volk der Fabriken, Volk der Not,
 Es ist dein klagenes Gebot,
 Dem Sterben nah zu leben.
 Wenn klein vor dir das Große fällt,
 Wenn deine Hand die Erde hält,
 Die Stunde drängt, die Stunde droht,
 Es ist dein weinendes Gesicht:
 Du darfst nicht frei den fähigen Blick
 Vom Werk der Hände heben.

Die Stunde greift, die Stunde packt,
 Ein jeder Tag schlägt harten Takt
 Durch schwere, graue Stunden.
 Wenn Hand der Arbeit gräbt und hakt,
 Ist jede Hand an jedem Tag
 Mit jedem Schlag
 Dem Weh der Welt verbunden.

Die Stunde hascht, die Stunde schleift,
 Den hellen, heißen Mittag streift
 Ein Hauch aus eisigen Schatten.
 Volk der Maschinen, Volk der Pflicht,
 In Luft und Licht,
 Nach jedem Strahl der Freude reißt
 Das sinkende Ermatten.

Volk der Fabriken, Volk der Not,
 Der Tod geht dir zur Seite.
 Der Tod, der schleicht und stürzt und loht,
 Der herbe, harte Menschennot
 Ist deines Wegs Gefährte.
 Die Stunde großt, die Stunde schreit,
 Wir wollen Leben, das befreit,
 Und Weg in Menschenweite!
 Volk der Fabriken, Volk der Not,
 Den Weg im mutigen Streite!

Franz Rothensfelder.

Der Mann mit dem Messer.

Von Max Barthel.

Vor dem Pantheon in Paris, in dem die Franzosen ihre berühmten Toten begraben, stand ein Mann. Die Kleider hingen in Fetzen um seinen Leib. Aus dem braunen Gesicht blühten entschlossene Augen. Lange stand der Fremde, der ungefähr dreißig Jahre alt war, vor jener Halle des Ruhms und bewegte lautlos die Lippen. Er hieß Emilio Labarandelli und war italienischer Flüchtling. Ueber ein Jahr hatte er in römischen Gefängnissen gesessen. Mit Hilfe guter Freunde gelang die Flucht. Endlich war er nach Paris gekommen.

„Berrückte Welt!“ dachte er nun, als er vor dem Pantheon stand. „Berrückte Welt! Für die Toten werden Paläste gebaut, und die Lebendigen müssen hungern. Anhin, immer wieder der verdammte Untertun! Der Lebendige hat recht und nicht der Tote. Darum geht es ja zuerst, um das tägliche Brot. Alles andere kommt später. Das tägliche Brot, das ist der noch größere Ruhm als die Unsterblichkeit.“

Ueber eine Woche war Labarandelli schon in Paris. In der ersten Nacht hatte er eine Kasse gefangen und am schwachen Feuer unter einer Steinbrücke gebraten. Unter dieser Brücke entsann er sich auch der vielen Bagabunden, die früher, als er noch Kind war, die Bergstadt seiner Heimat besucht hatten. „Selber Bagabund“, sagte er dann laut und starrte in das schwarze, tiefebende Wasser des Flusses. An den anderen Tagen lebte er von den Mitteldarben einiger Landleute und von den Abfällen der Markthalle. Aber das war ja kein Leben. Die Füße waren wie verbrannt, und den Kopf füllte jenes blinde Saufen, das einmal stark und dann wieder sterbensmüde machte.

Die Sonne stand hoch am Himmel, und über die breiten Boulevards rasten endlose Kolonnen glänzender Autos. Lässige Spaziergänger trieben vorbei. Der Fremde vor dem Pantheon wurde kaum beachtet. Auch in der großen Stadt Paris gibt es viele hungrige und zerlumpte Leute.

„Der Hund hat Zähne, der Löwe hat Taten“, dachte der Flüchtling weiter. „Aber ich, Labarandelli, ich habe ein spitzes Messer!“

Und als ob ihm die Berührung mit jenem Messer, das er unter seiner Lumpen trug, neue Kraft geben könne, prüfte er jetzt seine Schneide und lächelnd kühl. Er war noch lange nicht verloren.

„Der Hund frisst mit dem Maul, der Löwe schlägt mit den Taten die Beute nieder. Wir leben in einer Raubtierwelt. Ja, ja, und ich werde mir mit dem Messer mein Futter holen müssen“, spielten seine Gedanken.

Da wurde sein Gesicht ganz hell. Er ließ das Pantheon, schritt den ruhmvollen Toten eine Grimasse und wandte sich entschlossen einem der vielen Restaurants zu, die den Platz umräumten, und in denen die Bürger der Stadt Paris an den kleinen Tischen saßen und das Mittagmahl einnahmen.

Nun war es, als sei eine schwarze Wolke vor das Licht getreten, als der zerlumpte Mensch in das Restaurant kam und sich mit sicherem Schritt nach dem Hintergrund des Saales bewegte. Dort lag neben vielen anderen Gästen die Bürgerin Germaine Brisson mit ihrem Mann beim Diner an einem kleinen, runden Marmortisch. Labarandelli griff mit raucher Hand zu, nahm das eben aufgetragene Fleisch von der Matte und begann gierig zu essen. Seine linke Hand hielt das große, spitze Messer.

Der Mann der Germaine Brisson hieß Pierre Brisson und hatte sich zuerst gemeldet. Er war Kaufmann in einem Linnenwarengeschäft, hatte bei Verdun und an der Somme mitgekämpft und konnte keine Furcht. Dann griff er — es war dieselbe blitzschnelle Griff, mit dem Labarandelli das Fleisch packt hatte — den mit dem Messer an die Kehle.

Aus hätte der ehemalige Hauptmann wissen müssen, trotzdem er für Tiere keine Liebe anbringen konnte, daß man selbst den bemitleidigsten Hund beim Fressen nicht stört. Er sah, wie man wolle einen Biß in die Hand riskieren. Wie kann und soll sich ein halbverhungertes Mensch anders und besser helfen? Labarandelli konnte sich nach seinem Ueberdruß unmöglich vorstellen. In der letzten Zeit sprach er überhaupt sehr wenig, und dann war er ja auch des Französischen nicht mächtig. Also: Labarandelli hielt sich nicht weiter, höchstens als der Mann mit dem Messer. Er stach nach der Hand, die seine Kehle umflammerte.

Pierre Brisson schrie gekend auf, als das Blut aus seiner Wunde spritzte. Germaine Brisson schrie ebenfalls, und da konnten und sollten die anderen Gäste, die in ihrem Wahl gestört wurden, mitleidig mitschreien. Jetzt erst war ihnen der nächste Schalter, der an ihren Tischen vorübergegangen war, lebendig geworden, lebendig und tödlich zugleich. Eine schwarze Welle des Schreckens brach durch den Saal, es trübte sich die Luft. Auf ihrer weißen Hand saß das Messer. Die Paull begann. Die Herren sprangen mit ihren Damen von den Stühlen. Wein wurde verschüttet, Gläser zerbrochen. Blumen füllten hin, als habe sie der Sturmwind geküßt, und alles brängte sich schreiend nach dem Ausgang. Die gewohnte Hand räumte die Kellner von

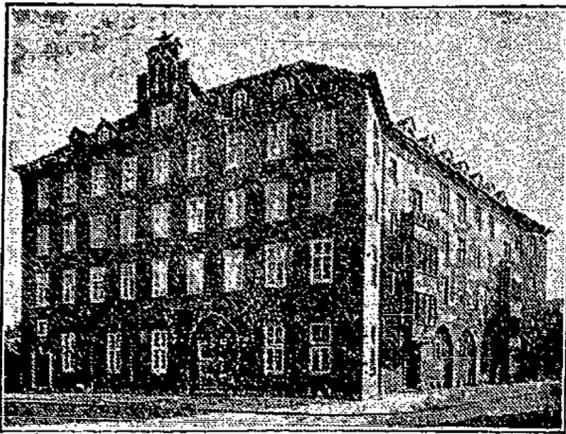
einem Tisch zum anderen, der Herr kam vom Büfett her und wälzte sich schwerfällig durch das ausgewählte Meer der Angst und ging auf den zerlumpte Menschen zu, der stumm an dem verfallenen Tische stand, das geraubte Fleisch hinunterwürgte und nur sein Messer reden und blühen ließ.

Als er genug gegessen hatte, sah er mit grellen Augen um sich, trank aus der umflöteten Flasche halbla einige Schlünde roten Weines, wüchelte sich mit der rechten, freien Hand den Mund ab, nahm einen Fetzen weißes Brot und hauchte sich dann, das Messer in der linken, den Weg ins Freie. Da stellte sich ihm der Herr entgegen. Als er den Flüchtling mit einer bärenhaften Ummarmung einsangen wollte, bekam er einen Stich in die Hand. Da schrie er auf, wie früher der Pierre Brisson aufgeschrien hatte. Der Weg war frei. Aber nun tauchten plötzlich in der Tür, die auf die Straße führte, die Köpfe dreier Polizisten auf. Der Mann mit dem Messer wich zurück und verbarrlichtete sich hinter dem Büfett.

Wenn man mit einem Hunde redet, der eben vom Frack kommt, kann man sehr oft ein widerwilliges Knurren hören. Wer sich aber einem Löwen in den Weg stellt, um dessen Maul noch das rote Blut triest, dem ist ein Tabenhieb quer über die Brust so gut wie sicher. Wer will nun lauen, daß ein hungriger Mensch, den man vom vollen Tische vertrieben hat, anders und besser ist als ein Löwe oder ein Hund? Nein, Labarandelli war nicht anders und nicht besser. Und nun polterte noch die Polizei heran, verjagte ihn vom Büfett und schlug jetzt an die Tür, hinter die er geflüchtet war. Diese Tür war bald eingeschlossen, und wieder bekam Labarandelli traurige Augen, als er sein Messer in die ausgestreckten Hände der Polizisten tanzen lassen mußte.

Das Fleisch, das er vom Tisch der Germaine Brisson genommen hatte, war vom Schenkel eines jungen Kalbes gewesen, das einmal fälschlich über grüne Weiden gehüpft und von der Freude am Dasein erfüllt war. Auch der hungrige, geheulte Mensch war einmal kinderfroh über die Berge und durch weiße

Das Volkshaus in Bremen.



Eines der schönsten Gewerkschaftshäuser, das wenigstens einmal einen guten Baustil, wenn auch nicht reinster Norm zeigt. Die Inneneinrichtung ist glänzend zu nennen. Das Bremer Gewerkschaftshaus enthält: Restaurant, Film- und Vortragsaal, drei Versammlungssäle, Archiv, Wägerei, Lesesaal, Jugendheim, Büro der Gewerkschaften, Räume der Arbeiterkammer mit Saal, Hotel mit fließendem Wasser und sauberen Betten.

Wer nach Bremen kommt, sollte nicht vergessen, dem Volkshaus einen Besuch abzustatten.

Rarassensfelder gesprungen und hatte niemals daran gedacht, auch damals nicht, als er in römischen Gefängnis saß, daß es an einem Wissen Fleisch sterben sollte. Als aber die Polizisten die blutenden Hände zurückzogen und mit jähem Griff nach den Pistolen griffen — Labarandelli sah trotz der Dunkelheit diesen Tabengriff — da sprang er auf und lief um sein Leben. Sein Herz raste. Die Flucht war das Leben. Der Stillstand hieß Tod. Er lief den schmalen Korridor entlang. Als er die helle, dampferfüllte Küche erreichte und auf den offenen Fenern die vielen Braten brügelte sah und mit weiten Rüstern den Rauch der Schloßtopfer einlog und die Tür zum Garten und zum Leben weit offen sah: im gleichen Augenblick feuerte die Polizei. Und ein Schuß traf den Mann, der in der aufregenden Viertelstunde kein einziges Wort gesprochen hatte, mitten in den Kopf. Labarandelli hatte keine Geheimnisse mehr zu wahren. Jetzt konnte er reden, jetzt durfte er schreien. Und als er auf den kühlen Kachelboden der Küche hinstürzte und das Blut bitter im Mund anwässeln fühlte, da nahm er die letzte Kraft zusammen, brüllte: „Maleetto!“ und verstummte für immer.

Was aber „vermaleddo!“ sein sollte, das Pantheon, die Germaine Brisson, die Polizei, Italien, Paris oder die ganze Welt, das konnte jeder der nachgeheilten kleinen Bürger für sich selbst enträtseln. — Labarandelli, der Mann mit dem Messer, war tot.

Obmann Stiecke.

Von Walthor G. Oschilewski.

Wenn man ein Brett vor dem Kopf hat, ist's halt ein Unglück. Wenn man feins davor hat, hallo! dann geht es noch einmal so gut durch die Ohren. Stiecke hat feins, der ist helle; ein Prachtlerl, 13 Jahre alt, Obmann der Roten Falken, ein Prachtlerl trotz seiner verhungerten Nase, und das ist etwas.

Fröhlich, wenn der Wellenton des Gongs durch die Dörfer unserer Kinderrepublik rollt, und die ersten Strahlen der Sonne auf die weißgrünen Felsplanen ihren blanken Morgenröckel schreiben, wird es lebendig unter der Leinwand! Stiecke erwacht und pfeift dem Jura Viktor in die Nase. Dann hoch, hoch, erst das „Hein aus dem Schlaf“, nun das rechte, und dann hinausgetrabbelt: eine Minute, und dann kommt das Weitere. Da, wenn da die frische Luft an den Kopf fährt!

Der Strom und Lager hängt noch ein feiner silberner Regen, der auch das andere Ufer und die Berge einhüllt. Der Strom fließt wie der Wind geht. Wenn ein Lampfer eine scharfe Linie über seinen breiten Rücken zieht, trägt er diesen Schmerz mit stolischer Ruhe.

„Stiecke hat Stiecke die Schlafmühen aus seinem Bett, das den Namen August Bebel führt, auf die Beine geschoben. Immer muß es doch der langatmige Gestalt und die Matte Emil sein! Das die Stiecke nicht zu ein ordnungsgemäßes Aufstehen gewöhnen können! Zeiner ihm von der Zellgemeinschaft verträuensvoll die höchsten Würde bewahrt, hat Stiecke die beiden Jungen ein wenig unfaßt angeblasen, daß sie, wie von einer Tarantel gestochen, gegen das Heißbad aufwachen.“

„End müßte man zu Ehrup dreh'n“, medierte Stiecke. „Länger schlafen als nach dem gültigen väterlichen Vorschlag der Allgemeinheit notwendig ist, ist nichts weiter als eine üble Angewohnheit.“ Das war seine philosophische Rechtfertigung.

Ja, Obmann zu sein, das ist eine feine Sache! Noch mehr Verantwortung zu haben als gewöhnliche Sterbliche macht stolz und verwegen. Darum kommt es auch an. Dabei darf sich niemand über den anderen erheben. So etwas gibt es nicht in unserer roten Kinderrepublik. Alle sind Glieder der großen Gemeinschaft, in der nur der Grundlag jedes solidarischen Zusammenhalts: gleiche Rechte, gleiche Pflichten, Gültigkeit hat. Stiecke ist der rechte Kerl für die verantwortungsbewusste Arbeit, die ein Obmann zu leisten hat. Wenn der erst einmal erwachsen ist, wird er die Arbeiterbewegung schon vorwärts bringen helfen.

Auspassen, daß Ordnung und Sauberkeit herrschen in jeder Ecke der selbstbeständigen Republik; aber nein, nicht nur aufpassen wie ein Polizeier, sondern durch Leistung mit gutem Beispiel voranzugehen, das ist eine Aufgabe, die Späß macht und die Stiecke in jeglicher Beziehung zu erfüllen befreit ist. Diese Erziehung zur Verantwortung, zur Selbstständigkeit, zur Selbstbereitschaft sind zusammen ein gewichtiger Garantien für die Zukunft. Die Welt von morgen, die wir erobern und gestalten sollen, wird freie, wahre und vom tiefsten Glauben an die Wirklichkeit gelebte Idee des Sozialismus erfüllte Menschen bitter notwendig haben.

Wer auf Grund eines besonderen Vorzugs der Natur mehr leisten kann als der andere, bekommt keinen Orden, sondern hat nur die selbstverständliche Pflicht, seine hundertprozentigen Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Das Alter dabei ist ohne Bedeutung; wer früh etwas gelernt und erlebt hat, kann gut einige Schritte den Langweiligen und Trägen vorausspringen.

Stiecke tut das. Er ist neben Hunderttausenden unsere Hoffnung, unsere Freude.

„Graf Zeppelins“ Weltreise.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ mit seinem Führer Dr. Eckener hat seine Weltreise beendet. Diese Tat fand in der ganzen Welt größte Beachtung. Daß sie gerade einem deutschen Luftschiff, wenn auch mit amerikanischem Geld, gelang, trug sicher zur Steigerung Deutschlands Weltachtung bei. Dr. Eckener wurde damit der bekannteste Mann der Welt.

Man spricht und schreibt von einer Fahrt um die Welt, es war jedoch weit mehr, was das Luftschiff leistete. Seine Weltreise begann es am 8. August 5.40 Uhr in Lakehurst, in 55 Stunden und 25 Minuten fuhr es nach Friedrichshafen. Von dort ging die Reise über Rußland und Sibirien nach Tokio. In 100 Stunden waren die 12 000 Kilometer geschafft. Der Stille Ozean wurde dann auf der Fahrt von Tokio nach Los Angeles in 74 Stunden überquert. Und von Los Angeles nach Lakehurst dauerte sie noch einmal 51 Stunden, oder von Tokio insgesamt 14 500 Kilometer. Damit war die eigentliche Reise beendet, aber der „Graf Zeppelin“ mußte ja wieder nach Friedrichshafen, wo er begeistert empfangen, am 4. September 8.35 Uhr eintraf. Von Friedrichshafen nach Friedrichshafen, mit Aufenthalt in Kolumigaura, Los Angeles, Lakehurst, legte das Luftschiff 35 127 Kilometer zurück, es brauchte dazu eine reine Fahrzeit von 264 Stunden.

Was sein Erfinder Graf Zeppelin vorausahnte, ist Wirklichkeit geworden. Sein Luftschiff bahnte sich, unbekümmert um Sonne und Regen, Wind und Nebel, seinen Weg um die Erde. Es trug Menschen, die das Wind hatten, bekannte und unbekannte Landstriche, Seen und Meere aus der Vogelperspektive zu betrachten und die vom Geld und Schicksal begünstigt, dieses große Ereignis genossen.

Eine Studienfahrt ist damit beendet, die ein Ausgangspunkt für den Weltverkehr mit dem Luftschiff sein kann. Selbst wenn die Reisen vorläufig nur den Begünstigten möglich sein werden, so ist nicht ausgeschlossen, daß die Technik noch Mittel und Wege findet, die Verkehrswege in der Luft ebenso zu erschließen wie auf dem Wasser. Landesgrenzen sind für die Luftschiffahrt auch kein Hindernis mehr, ja nicht einmal Erdteile. Hohlschwänken können dem neuen Verkehrsmittel keinen Halt mehr gebieten.

Eines der bewährtesten Hilfsmittel für die Luftschiffahrt ist die Funkstation, mit der die Verständigung mit der Welt herbeigeführt wird. Auf der Reise um die Welt bewältigte die Funkstation des „Graf Zeppelin“ 60 000 Worte.

Es wäre dem Luftschiff zu wünschen, daß es bald einen regelrechten Weltverkehr aufnimmt und als neues Verkehrsmittel der Menschheit Dienste leistet.

Wie steht die Schule zum sozialen Kampf?

Eigentlich müßte es so sein, daß die Schule, die zum Leben erziehen soll und will, auch Verständnis weckt für die soziale Entwicklung und die sozialen Möglichkeiten, aber in Wirklichkeit geht die Schule an diesem Kernpunkte modernen Lebens vorbei. Dieser Höhepunkt geschichtlicher Entwicklung findet selbst in der Berufsschule keine genügende Beachtung. Sogar schulentlassenen jungen Menschen, die in der Fortbildungsschule über alle Möglichkeiten unterrichtet werden, verschweigt man geistlich, daß wir in einer sozialen Krise leben, und daß die jungen Menschen nicht nur in einen Beruf hineinwachsen, sondern auch in eine Aufgabe gegenüber den großen sozialen Erfordernissen dieser geschichtlichen Stunde.

Beseizend hierfür sind die Antworten, die in Form von Auffassen in einer bayerischen Berufsbildungsschule auf die Frage gegeben sind, was wir tun können, um einander das Leben zu erleichtern.

Die Antworten, die auf diese Frage an dieser Wende der Zeit gegeben worden sind, konnten genau so gut vor 50, ja vor 100 und 300 Jahren gegeben werden: Trost, Verträglichkeit, Rücksichtnahme, Fleiß u. a. Keine Spur des Verständnisses des Besonderen gerade in dieser Zeit. Als wenn die Geschichte sich nicht bewegte. Als wenn die Menschen nicht immer wieder in neuer Weise untereinander und zusammen ihre Pflichten hätten, und das gerade in dieser aus der ganzen Geschichte so herausragenden Epoche sozialen Ringens.

Die Schule geht am Leben vorbei. Es sind nur Ausnahmefälle, wenn Schulen von modernem Geiste erfüllt sind und einführen in den sozialen Sinn der neuen Zeit. Und es ist unsere Aufgabe mitzuwirken, daß die Schule sich wandelt von Grund auf.

Die alten allgemeinen ethischen Lebensarten sind für das heutige Leben nicht mehr genügend. Unsere Zeit verlangt Charaktere. Für oder wider? Hier oder dort! Und Verständnis für den ethischen Gedanken einer solidarischen Verbundenheit. Was Lehrer vor 100 Jahren an Kleinbürgerlichem Erziehungsinhalt benutzten, das ist heute wahrlich überleitet.

Außerdem aber beweist uns diese bedauerliche Tatsache, wie wichtig es ist, daß die schulentlassene Jugend sofort von unserer Jugendbewegung aufgenommen wird. Innerhalb unseres Verbandes kann der Jugend das getan werden, was ihr die Schule vorenthalten hat. Gerade in dieser Uebergangszeit der Geschichte hat die gewerkschaftliche Jugend heilige Pflichten gegenüber dem neuen Geschlechte der Kämpfer, das das Danner einmal tragen soll, wenn die Alten nicht mehr sind.

„Hintenaus“.

In einem Schwarzwaldbstädtchen werden zur Zeit der Fremdenbezüge vom Verkehrsverein Konzerte veranstaltet. Die ehrbaren Bürger waren eifrig beim Probieren, denn es kamen auch sehr viel urteilsfähige Leute in den Lustort. Nun tat sich ein Uhrmacher, der die Trompete blies, besonders hervor.

Er übte bei offenem Fenster, das nach der Straße hinaus ging, zu allen Zeiten.

Beischwerden ließen ein. Der Bürgermeister erließ folgende Verfügung, die ausgeführt wurde:

„Da Beischwerden eingelassen sind, daß die Kapellenmitglieder so viel vornausbleiben, so verfiere ich, daß von heute an hierorts wie auch hinter hinausgehoben werden darf.“